

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

Anlage 6 - Kapitel 07 040 "Sofortprogramm Altenhilfe" -. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Anlage 7 - Kapitel 07 050 Titel 684 60 "Förderung der freien Wohlfahrtspflege" -. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Anlage 8 - Kapitel 07 050 Titelgruppe 80 "Tageseinrichtungen für Kinder" -. Wer möchte zustimmen? - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Anlage 9 - Kapitel 07 050 Titelgruppe 80 "Betriebskosten für Tageseinrichtungen für Kinder" -. Wer möchte zustimmen? - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Siehst du, es werden mehr!)

(B) Der Antrag ist **abgelehnt**.

Anlage 10 - Kapitel 07 060 "Flüchtlingsaufnahme-programm 1992" -. Wer zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Anlage 11 - Kapitel 07 080 "Aids-Hilfe" -. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Anlage 12 - Kapitel 07 110 "Förderung der Gewerbeaufsicht" -. Wer zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber nur ein Teil davon!)

Ich komme nun zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/2901.

(C)

Anlage 1 - Kapitel 07 060 Titel 643 10 "Kostenerstattung an die Träger der Sozialhilfe gemäß § 6 Abs. 4 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes" -. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Anlage 2 - Kapitel 07 060 Titelgruppe 72 (neu) "Bekämpfung von Fluchtursachen in den osteuropäischen Ländern" -. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Anlage 3 - Kapitel 07 060 Titel 643 16 "Erstattung von Einmalhilfen laut Bundessozialhilfegesetz für Asylbewerber an die Gemeinden" -. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur **Abstimmung über den Einzelplan 07 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/2807**. Wer hier seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Beschlußempfehlung ist -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Abgelehnt!)

- abge...

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

angenommen.

Meine Damen und Herren, nach dieser angenommenen Beschlußempfehlung weise ich darauf hin, daß über die Entschließungsanträge nach der dritten Lesung abgestimmt wird.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Einzelplan 06: Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Ich weise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/2806 und auf die Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/2902 mit drei Anlagen

(D)

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

und auf den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/2903 hin.

Ich eröffne hiermit die **Beratung** und erteile als erstem Redner Herr Prof. Dr. Posdorf für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Haushalt 1992 - Zeit der Besinnung oder Zeit der Abrechnung? Ich glaube, es ist allerhöchste Zeit zur besinnenden Abrechnung mit der Hochschulpolitik der Regierung dieses Landes Nordrhein-Westfalen.

Beginnen möchte ich meine Ausführungen mit einem Zitat aus dem "Spiegel", der einen umfangreichen Artikel über die Hochschulen unter der Überschrift "Bald knallt's" geschrieben hat, der mit folgendem Satz endet:

Nun aber geben die Studenten eine subversive Kampfparole aus: Stell dir vor, es ist Semester, und alle gehen hin.

(B) Ja, meine Damen und Herren, stellen Sie sich vor, es ist Semester, und alle gehen hin. Was findet die Generation, die die Zukunft unseres Landes bedeutet, an den Hochschulen in unserem Lande vor?

(Abgeordneter Wolf [SPD]: In allen Bundesländern!)

Was findet sie vor?

(Abgeordneter Wolf [SPD]: In allen Bundesländern!)

- Herr Kollege, ich habe Ihnen schon einmal gesagt, es ist besser, erst das Gehirn einzuschalten und dann zu reden. Manchmal haben Sie dann die Chance, daß etwas Vernünftiges dabei herauskommt.

Sie findet das vor, was einzig und allein im Verantwortungsbereich der Politik liegt;

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Keine Selbstkritik, Herr Kollege!)

(C)

sie findet an unseren Universitäten Studentenzahlen vor, die sich von 1980 bis 1991 um 59 % erhöht hat bei einem gleichzeitigen Abbau des wissenschaftlichen Personals um 9 %.

Sie finden vor: an Gesamthochschulen Studentenzahlen, die sich um über 170 % erhöht haben - bei einem gleichzeitigen Abbau des wissenschaftlichen Personals um 0,6 % -, und an Fachhochschulen Studentenzahlen, die sich um 105 % erhöht haben; hier ist das wissenschaftliche Personal um knapp 2 % gestiegen.

Ich wage gar nicht zu fragen, was wohl passiert wäre, wenn die zwar nicht alles lösenden, aber dennoch sehr hilfreichen Sonderprogramme des Bundes nicht hinzugekommen wären!

Stell dir vor, es ist Semester, und alle gehen hin! Was finden die Studenten vor? Aus allen Nähten platzende Fachbereiche, eklatante Engpässe bei Personalmitteln, Sachmitteln und natürlich auch bei den zur Verfügung stehenden Räumen. Sie finden vor, daß sich an den Universitäten und Gesamthochschulen im Durchschnitt 2,2 Studenten einen räumlichen Studienplatz zu teilen haben und daß es an den Fachhochschulen sogar 3 sind.

Sie finden vor: eine Überlast, die sehr lange Wartezeiten bei der Ableistung notwendiger Seminare und Praktika mit sich bringt.

Sie finden vor: eine unzureichende Bibliotheksausstattung, die ebenso nicht unerhebliche Verzögerungen im Studium und natürlicherweise bei der Anfertigung von Examensarbeiten produziert.

Sie finden vor: ein wissenschaftliches Personal, das dem Ansturm, schon rein quantitativ gesehen, nicht gerecht werden kann und damit natürlich auch - neben einer unzureichenden Betreuung während des Studiums - die Dauer von Examensarbeiten, bedingt durch die langen Wartezeiten, äußerst negativ beeinflusst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist doch evident, daß das Alter unserer Hochschulabsolventen auch im Hinblick auf die Vollendung des europäischen Binnenmarktes ein besonderes Problem gerade für unsere Hochschulabsolventen darstellt. Zum Vergleich: In Großbritannien beträgt das Alter der Uni-

(D)

(A) (Dr. Posdorf [CDU])

versitätsabsolventen 23 Jahre, in Frankreich 26, in Italien 27 Jahre. Wir kommen im Durchschnitt auf über 28 Jahre!

Das alles sind eklatante Defizite, über die nicht nur geredet werden darf, sondern die dringend einer Beseitigung bedürfen!

(Beifall bei der CDU)

Es liegt doch auf der Hand, daß auf einem europäischen Arbeitsmarkt deutsche und ausländische Arbeitgeber sicherlich nicht den deutschen Hochschulabsolventen vorziehen werden, wenn ähnlich oder gleich gut qualifizierte, aber wesentlich jüngere andere europäische Absolventen beschäftigt werden können - und dies insbesondere auch im Zusammenhang mit der in fast allen Bereichen vorhandenen altersabhängigen Besoldungsstruktur.

Stell dir vor, es ist Semester, und alle gehen hin!

Was für eine Art von Landesregierung findet der Student denn vor? Durch welche Fürsorge dem Studierenden gegenüber zeichnet sie sich aus? Das heißt also: Wie merkt er die Auswirkungen der Politik dieser Landesregierung bei sich selbst? Mit anderen Worten: Wie sieht die Antwort dieser Landesregierung auf die Frage "Wie können wir unser Bildungssystem auch für Europa fit machen, wie können wir unser Hochschulsystem auch für Europa fit machen?" aus?

(B)

(Zuruf des Abgeordneten Wolf [SPD])

Die Antwort der Landesregierung ist - trotz der unqualifizierten Zwischenrufe des Kollegen dort hinten - ein Wegtauchen vor den eigentlichen Problemen, die eine Massenhochschule natürlicherweise mit sich bringt.

(Erneut Zuruf des Abgeordneten Wolf [SPD])

Die Landesregierung antwortet, indem sie die Real Ausgaben des Wissenschaftshaushalts von 1980 bis 1991 in Nordrhein-Westfalen pro Student von 18 267 auf 10 324 DM, das heißt also um 43,8 %, sinken läßt. Die Landesregierung antwortet in der mittelfristigen Finanzplanung des Wissenschaftshaushalts

(C)

mit einem Rückgang der Investitionen bis 1995 um 37 %. Ich frage mich: Ist unser Hochschulsystem wirklich so komplett, daß wir gar nichts mehr investieren müssen? Ist das das Einlösen Ihres Versprechens, Nordrhein-Westfalen wieder zur Nummer 1 im Hochschulbereich zu machen?

(Abgeordnete Philipp [CDU]: In anderen Bereichen wollen sie das auch!)

- Ja, das ist eben das Problem: Wollen wollen sie wohl wollen, aber können können sie nicht können.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Die Studenten finden eine Landesregierung vor, die zu nichts anderem mehr in der Lage ist, als Sonntagsreden zu halten und Nebelkerzen zu werfen - Nebelkerzen zu werfen, um ihre eigene Unfähigkeit zur Problemlösung aus den Augen des sehenden Betrachters verschwinden zu lassen.

Was ist es denn sonst als die Eröffnung eines Nebenkriegsschauplatzes, wenn Frau Brunn wieder einmal ein Programm "Qualität der Lehre" großartig verkündet, in dieses Programm im nächsten Jahr 14,5 Millionen DM einsetzt, um so, allein auf Effekthascherei bedacht, als reine PR-Maßnahme sozusagen "etwas für die Studenten zu tun"? Was tut sie denn wirklich? Sie steckt 14,5 Millionen DM in eine Sache hinein. Jetzt lassen Sie uns einmal kurz nachdenken: Das bedeutet, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, nicht mehr als 30 DM pro Student pro Jahr! Das soll hier also der goldene Schlüssel sein. Auf der anderen Seite wird durch diese Landesregierung eine neunmonatige Stellenbesetzungssperre verkündet, die rund 40 Millionen DM an Einsparungen liefert. Das heißt also: 30 DM pro Student hineingetan, 80 DM pro Student wieder herausgenommen. Herr Heinemann sprach ja heute einmal vom kleinen Einmaleins. Das kleine reicht nicht; Sie müssen schon das große nehmen. Wenn Sie 30 minus 80 rechnen, kommt auf jeden Fall eine negative Zahl heraus. Ich überlasse es Ihrer Intelligenz, das einmal auszurechnen.

(D)

Diese 40 Millionen DM werden aber genau an der Stelle eingespart, wo sie dringend notwendig sind, nämlich gerade im Bereich der Lehre, gerade im

(A) (Dr. Posdorf [CDU])

Bereich des wissenschaftlichen Personals, das ja die Qualität der Lehre bei der Betreuung der Diplomarbeiten, bei den Praktika, bei der Betreuung von Seminaren, bei den Übungen repräsentiert. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, das Ganze ist, gelinde gesagt, absurd und unglaublich!

Was wir an den Hochschulen nicht brauchen, ist ein Programm "Qualität der Lehre".

(Beifall bei der CDU)

Was wir aber in Nordrhein-Westfalen dringend bräuchten, wäre eine Steigerung der Qualität der Regierung!

(Erneut Beifall bei der CDU)

Das einzige, was den jetzt vollgelaufenen, ich möchte sagen, bereits übergelaufenen Hochschulen als absolute Notbremse einfällt, ist der Numerus clausus, da diese Landesregierung die Hochschulen erbarmungslos im Regen stehen läßt.

(B) Nur, darüber sollten wir alle uns sicherlich einig sein: daß der Numerus clausus mit absoluter Sicherheit das am wenigsten geeignete Mittel ist, der Problematik, weitsichtig gesehen, Herr zu werden. Kurzsichtig gesehen, ist natürlich das Dichtmachen das beste, das man tun kann; aber das ist eben kurzsichtig, sehr kurzsichtig, um nicht zu sagen: sogar töricht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Beschlüsse oder Ankündigungen dieser Art haben für die offensichtlichen Probleme an unseren Hochschulen etwa eine gleiche Wirkung wie das Abschießen von Leuchtmunition für in Seenot geratene Schiffe. Sie signalisieren eine akute Not, ohne daß sie aber tatsächlich helfen.

Wie gleich die Rede von Frau Brunn aussehen wird - ich habe sie nicht in der Straßenbahn gefunden, Frau Brunn -, das kann sich hier sicherlich schon jeder vorstellen. Das Strickmuster ist leicht durchschaubar und immer wieder das gleiche.

(Minister Schwier: Ihres auch!)

(C)

Frau Brunn wird wieder einmal Behauptungen kunstvoll widerlegen - die niemand von uns aufgestellt hat.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]:
Künstlich, nicht kunstvoll!)

- Ich würde sagen: Sie macht es sogar kunstvoll. Das haben wir ja gemerkt. Sie widerlegt Behauptungen kunstvoll, die aber niemand von uns aufgestellt hat. Das ist ihre alte Methode. Ein Beispiel nur - mal schauen, ob es drin ist -: Sie wird wiederum sagen, wir wollten die Hochschulen miesmachen.

(Zuruf der Ministerin Brunn)

Ich sage hier ganz deutlich, Frau Brunn, daß das niemand tun wird. Wir sind dankbar, daß die Hochschulen - ich betone: trotz dieser Landesregierung - in Forschung und Lehre das leisten, was sie leisten. Die Frage ist nur: Wie lange schaffen sie das noch? Wann wird es endgültig zum großen Knall kommen?

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Was wir benötigen, ist kein Schattenboxen, ist nicht das Schwarze-Peter-Spiel, wie die Landesregierung es spielt, indem sie alle Verantwortlichkeiten gern irgendwoanders - am liebsten in Bonn - ablädt. Es ist vielmehr erstens die Erfüllung unserer alten Forderung nach einem vorzulegenden Gesamtkonzept im Wissenschafts- und Forschungsbereich, das mit den Hochschulen abgestimmt ist. Zweitens sind gerade im Bereich des Studiums, der Lehre, der Forschung Hochschule und Politik, Politik und Hochschule beide gleichermaßen gefordert.

(D)

In der Mathematik ist das einfach. Da ergeben minus mal minus bekanntlicherweise plus. Bei der Landesregierung ist das aber nicht so leicht: Ein Rechenspiel dieser Art wird uns da nicht weiterführen. Das negative Vorzeichen der Unfähigkeit dieser Landesregierung, gleichgültig wie auch verknüpft mit dem negativen Vorzeichen einer absoluten Inkompetenz, bringt im Ergebnis kein positives Vorzeichen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf von der CDU)

- Das wäre eine Möglichkeit, das zu machen; aber ich weiß nicht, ob man das in dieser Form tun sollte. Der

(A) (Dr. Posdorf [CDU])

hier zur Diskussion stehende Haushaltsentwurf stellt für uns, die CDU-Fraktion, keine Begrenzung des Schadens dar, sondern er ist der klägliche und von vornherein zum Scheitern verurteilte Versuch, lediglich den Eindruck des Schadens begrenzen zu wollen. Hätte diese Landesregierung fähige Minister, könnte ja etwas Positives herauskommen. Aber sie hat sie nicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Minister Schwier: Das war nun auch nicht neu.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Apostel für die Fraktion der SPD.

Abgeordneter Apostel (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Prof. Posdorf, Sie haben mich nicht enttäuscht. Es war so zu vermuten, und insofern brauche ich darauf nicht besonders einzugehen.

In den vergangenen Wochen gab es viele Berichte und Verlautbarungen aus den Hochschulen und den damit befaßten Gruppen. Neben Berichten über einzelne Erfolge gab es häufig auch Klagen, die dann jeweils mit freudiger Erregung von den Sprechern der Oppositionsparteien aufgegriffen und auch verstärkt wurden. Herr Kollege Posdorf hat dafür ja gerade ein Beispiel geliefert.

(Zuruf von der CDU: Recht hat er!)

Für die Öffentlichkeit und den unbefangenen, aber interessierten Bürger ist aus dem Kampfgetümmel sicher keine Information zu gewinnen. Es ist aber ein Auftrag der öffentlichen Aussprache im Parlament, die Zielsetzungen des Regierungshandelns zu verdeutlichen, wenn möglich auch die besseren Vorschläge der Opposition für die Öffentlichkeit sichtbar zu machen.

Der Versuch der Oppositionsfraktionen, den Eindruck zu vermitteln, die Mehrheitsfraktion und die Regierung machten alles falsch, widerspricht so stark den praktischen Lebenserfahrungen, daß er schon allein dadurch unglaubwürdig wird. Niemand kann alles falsch machen, noch nicht einmal die Opposition.

(Abgeordneter Dr. Posdorf [CDU]: Aber die Regierung!)

- Noch nicht einmal die Opposition, Herr Kollege Posdorf!

Meine Damen und Herren, die Ergebnisse der Beratungen im Ausschuß zeigen außerdem, daß Sie sehr häufig unsere Anträge unterstützt haben. Es gibt also noch Hoffnung auf einen kleinen Rest von gemeinsam empfundener Verantwortung für die Entwicklung in unserem Gemeinwesen.

Die Überfüllung an unseren Hochschulen wird beklagt. Als Grund wird von der Opposition sofort das Versagen der Landesregierung behauptet. Wird für Sie, meine Damen und Herren, nicht erkennbar, daß alle Hochschulen in den alten Bundesländern mit großen Zahlen von Studenten belastet sind? Dieser Zustand besteht völlig unabhängig von der parteilichen Ausrichtung der einzelnen Landesregierungen. Es würde der Sache sicher mehr nützen, wenn wir die wirklichen Ursachen und Fakten und die möglichen Lösungsansätze und nicht pralle Polemik zum Gegenstand der Auseinandersetzung machten.

Meine Damen und Herren, solange 68 000 junge Menschen pro Jahr an unseren Hochschulen ein Studium beginnen wollen, werden wir zu bestimmten Zeiten und auch an den allermeisten Hochschulen von Überfüllung reden können, ja, wohl auch reden müssen.

Als Alternative dazu wird zur Zeit eine Begrenzung des freien Zugangs ins Gespräch gebracht. Die beginnende Diskussion über diesen Lösungsansatz können wir alle verfolgen.

Mit Genehmigung des Präsidenten würde ich dazu gerne eine Pressemitteilung der dpa zumindest in Auszügen zitieren, die von Herrn Wiesheu aus Bayern stammt, der als Staatssekretär einiges zu sagen hat. Er weist darauf hin, daß die Situation an den Hochschulen derartig sei, daß jeder seinen Beitrag dazu leisten müsse, daß die Probleme gelöst werden könnten. "Allein mit dem Ruf nach mehr Geld und Planstellen (so berechtigt das auch sein mag) ist es nicht getan."

(C)

(D)

(A) (Apostel [SPD])

Ich denke, daß das alleinige Rufen nach mehr Geld, mehr Stellen und mehr Gebäuden unsere Probleme nicht löst, wenn wir uns nicht strukturell-inhaltlich den Problemen öffnen.

(Abgeordneter Kuhmichel [CDU]: Das ist es!)

Aber selbst unterstellt, es würde denjenigen, die für eine begrenzte Zugangsregelung eintreten, gelingen, in der Bundesrepublik einen hundertprozentigen NC - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Posdorf [CDU])

- Sie haben das nicht getan. Das unterstelle ich Ihnen ja auch nicht. Im Gegensatz zu anderen will übrigens auch der Herr Wiesheu die Hochschulen offenhalten.

Selbst wenn es zu einem hundertprozentigen NC käme, soll doch kein Mensch glauben, damit wäre die Schwierigkeit der Überfüllung der Hochschulen aus der Welt geräumt. Die Gerichte haben den Begriff der erschöpfenden Nutzung der vorhandenen Kapazitäten geprägt. Wir sollten in der Politik keine geringeren Anforderungen stellen. Ich glaube nicht, daß wir jemals von der Massenuniversität, wie wir sie derzeit vorfinden, wieder wegkommen.

(B)

Die Hochschulen sind Orte der Wissenschaftsentwicklung und der Qualifizierung junger Menschen. Wen kann es also in unserer Zeit wundern, daß die Jugend ihre Zukunftschancen durch ein Studium verbessern will!

Damit kommen wir an einen Punkt, der zwischen den Fraktionen der SPD und der CDU vollkommen unterschiedlich bewertet wird. Auch Herr Wiesheu unterstützt uns und sagt, die Verbesserung der Qualität der Lehre sei dringend erforderlich.

(Abgeordneter Dr. Posdorf [CDU]: Aber nicht durch Ihre Methoden!)

- Ich spreche damit die Notwendigkeiten an, die Erfolge der Lehre zu verbessern.

(Abgeordneter Dr. Posdorf [CDU]: Ja, aber nicht so!)

(C)

Meine Damen und Herren, das Wissenschaftliche Sekretariat für die Studienreform hat in den vergangenen Tagen die Auswertung über Studienzeiten und Absolventenzahlen in den einzelnen Fachbereichen vorgelegt. Daraus ergeben sich für 1989 an den Universitäten und Gesamthochschulen 643 D1-Abschlüsse, 9 577 D2-Diplome. Außerdem wurden 11 040 Staatsexamen abgelegt. Magisterprüfungen: 1 145; Nicht-Lehramtsprüfungen: 5 180; Lehramt zusammen: 4 715. Unter dem Strich macht das 21 260 Absolventen an den Universitäten bei 16 852 Köpfen wissenschaftlichem Personal an unseren Hochschulen.

Es bleibt die Frage zu beantworten, ob die Zahl der Abschlüsse erhöht werden kann, um mehr jungen Menschen eine verwertbare Qualifizierung zu ermöglichen.

An den Fachhochschulen wurden 10 975 Diplome verliehen bei 2 219 Köpfen wissenschaftlichem Personal. Die Gesamtzahl der Abschlüsse beträgt also 32 235 Diplome. Davon wurde 1989 an den Fachhochschulen 34 % und an den Universitäten 66 % erreicht.

Herr Kollege Posdorf, aus den Untersuchungen geht deutlich hervor, daß es unterschiedliche Studiendauern bei zahlenmäßig gleicher Belastung im gleichen Fachbereich an unterschiedlichen Standorten gibt.

(D)

Wenn es derart deutliche Unterschiede gibt, müssen wir uns um die Ursachen kümmern. Genauso müssen wir den Gründen nachspüren, die zu solch deutlichen Verlängerungen der Studienzeiten an anderen Stellen führen. Das Aktionsprogramm "Qualität der Lehre" zielt auf diese Punkte.

Ich stelle fest, daß die CDU-Fraktion diese Möglichkeit der Ergebnisverbesserung noch ablehnt. Die zunehmende Diskussion - auch über Nordrhein-Westfalen hinaus - und einsetzende Erfolge werden den Nachweis liefern, daß der Ansatz, die Idee, durch Reduzierung der Studienabbrecher sowie kürzere Studienzeiten vor allem den jungen Menschen zu dienen, richtig war. Hochschule will und soll möglichst vielen jungen Menschen Leistungsfähigkeit und persönliche Kompetenz anbieten und vermitteln. Dieses Ziel muß auch unter schwierigen Bedingungen verfolgt und angestrebt werden.

(A) (Apostel [SPD])

Die Politik, meine Damen und Herren, kann dabei nur im Rahmen ihrer Handlungsmöglichkeiten unterstützen und Hilfe anbieten. Die Last der Problembewältigung wird bei den Hochschulen verbleiben müssen. Dazu einige Beispiele aus den Haushaltsplanberatungen:

Das Problem der Stellenbesetzungssperre wird von allen Betroffenen beklagt. Die SPD-Fraktion sieht in der Stellenbesetzungssperre eine notwendige Maßnahme mit unangenehmen Auswirkungen. Für die Hochschulen gelten eine ganze Reihe von Befreiungen von dieser Besetzungssperre. Eine weitere wird mit dem Haushalt 1992 beschlossen.

Die Universitäten haben darüber geklagt, daß die Besetzungssperre bei den nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern in NC-Fächern ebenfalls zu empfindlichen Störungen des Lehrbetriebes führt.

Deshalb hat die SPD-Fraktion für diesen Teil eine Ausnahme beantragt und damit eine Gleichstellung der NC-Fächer in allen Hochschulen erreicht.

(B) Im Haushaltsentwurf waren die Bezüge für die wissenschaftlichen und die studentischen Hilfskräfte praktisch überrollt. Ganze 200 000 DM mehr als 1991 waren für 1992 veranschlagt. Die SPD-Fraktion sieht die Notwendigkeit, die Beträge um 6 % anzuheben: statt 147,2 Millionen werden damit 156,5 Millionen DM für diesen Zweck zur Verfügung gestellt.

Für die Personalkosten in Höhe von 3,5 Milliarden DM mußten allein 172 Millionen DM für die Besoldungsanpassung eingesetzt werden. Neue Stellen konnten deshalb nur für die Aufgaben im Zusammenhang mit der Gefahrstoffverordnung bereitgestellt werden. Die SPD-Fraktion hat dafür 15 weitere Stellen beantragt.

Im Zusammenhang mit Anforderungen an die Tierhaltung sowie an die Sammlung und Entsorgung von Gefahrstoffen hat die SPD-Fraktion für sechs neue Maßnahmen Vorarbeitskosten beantragt. Damit ist auch der Wunsch verbunden, diese Projekte 1993 unverzüglich mit Bauraten auszustatten.

(Beifall der Abgeordneten Reinecke [SPD])

(C)

Für die Opto-Elektronik in Duisburg mußten dringend Umbauarbeiten zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit mit einem neuen Großgerät finanziert werden; entsprechend wurden 1,75 Millionen DM beantragt. In letzter Minute konnten auch zwei weitere Probleme gelöst werden: ein Neubau für Informatik und Wirtschaftsinformatik an der Universität - Gesamthochschule - Paderborn und eine erste Baurate für den Um- und Ausbau von Räumen für den Technischen Umweltschutz in der Abteilung Höxter der Universität - Gesamthochschule - Paderborn.

Die notwendigen Beschlüsse im Ausschuß wurden häufig einstimmig gefaßt. Ich möchte den Kollegen der anderen Fraktionen dafür ausdrücklich danken.

Die SPD-Fraktion freut sich aber auch über die Maßnahmen, die die Landesregierung mit ersten Bauraten - zusammen 36 Millionen DM - in den Haushaltsentwurf eingebracht hat, zum Beispiel das Gebäude des Instituts für Biochemie in Köln, die Hörsäle in Dortmund und Paderborn und die Baumaßnahmen an den Fachhochschulen des Landes. Der Ankauf des Philips-Forschungsgebäudes für die Fachhochschule Aachen ist ein weiterer Grund zur Freude.

Sie erkennen unschwer die Handlungsstrategie:

- Ausbau an den Fachhochschulen,
- Engpaßbeseitigung und Ergänzungsbauten an den Universitäten,
- Grundsanierungen und Ergänzungsbauten bei den Medizinischen Einrichtungen.

(D)

260 Millionen DM werden für Baumaßnahmen, 95 Millionen DM für Großgeräte ausgegeben.

Die Ausgaben für den Studentenwohnheimbau konnten mit Hilfe des Bundes um 42,8 Millionen DM gesteigert werden. 118 Millionen DM stehen für 1992 zur Verfügung. Die Studentenwerke erhalten einen Zuschuß in Höhe von 103 Millionen DM.

Meine Damen und Herren, das ist eine Vielzahl erfreulicher Entwicklungen. Die insgesamt 7 350 Millionen DM für den Einzelplan 06 sind eine große Summe, mit der sehr viel richtige und gute Arbeit geleistet werden kann.

(A) (Apostel [SPD])

Ich fordere Sie auf, meine Damen und Herren von der Opposition: Helfen Sie mit, sinnvolle und effektive Maßnahmen zu unterstützen und sinnlose und aufwendige Ansprüche zu bremsen und zu dämpfen.

Eine weitere erfreuliche Entwicklung können wir dem Haushaltsentwurf entnehmen: Die Summen für die Bauunterhaltungen wurden erheblich aufgestockt. Für die Gebäude der Hochschuleinrichtungen erwarten wir 100 Millionen DM mehr als im Vorjahr, so daß ein Teil der bestehenden Schwierigkeiten in den Medizinischen Einrichtungen und den Wohnheimplätzen des Personals ausgeräumt werden können.

Auch für die SPD-Fraktion gibt es im Einzelplan 06 noch Bereiche, die wir noch besser durchdringen müssen, die wir im Laufe des nächsten Jahres kritisch zu untersuchen haben. Als Beispiel möchte ich die Zuschüsse für die Medizinischen Einrichtungen nennen. 900 Millionen DM stehen hier für 25 556 Studenten zur Verfügung, also 35 216 DM je Student. Die Notwendigkeit dieser Summe muß in allen Facetten überprüft und kontrolliert werden.

Ein Problem ist auch für uns mit diesem Haushalt noch nicht gelöst: die Vergütung der Lehraufträge für Musik an den Universitäten und Musikhochschulen. Wir glauben, in diesem Bereich Handlungsbedarf zu erkennen, und bitten die Landesregierung um problemlösende Maßnahmen. Das Problem liegt in der Tatsache, daß die Vergütungssätze für die Lehrbeauftragten an den Universitäten seit dem 1. April 1989 unverändert sind. Die SPD-Fraktion bittet darum, die Vergütungssätze nach drei Jahren zu aktualisieren und zur Vermeidung des jetzigen Mißstandes für die Zukunft eine Dynamisierung zu beschließen, die den Tarifbewegungen der Vergleichsgruppen entspricht.

Der Einzel- und Gruppenunterricht beim Lehramt Musik und beim Musikstudium bedeutet einen unverzichtbaren Personalkostenaufwand für das Fach. Es liegt nicht im Ermessen der Hochschulen, Lehraufträge zu erteilen. Ohne Lehraufträge kein Musikstudium mit Abschlußprüfung. Ich bitte die Ministerin, im Wissenschaftsausschuß über die weitere Entwicklung zu berichten.

(B)**(C)**

Einen Punkt aus der Ergänzungsvorlage, den Versuch "Hochschule und Finanzautonomie", möchte ich noch ansprechen.

Nach sorgfältigen Abstimmungsgesprächen und mühsamer Abwägung zwischen Wünschen und Möglichkeiten stehen die haushaltstechnischen Voraussetzungen für diesen Versuch ab 1992 zur Verfügung. Die SPD-Fraktion begleitet den Versuch mit höchstem Interesse und großer Aufmerksamkeit. Obwohl der Versuch auf fünf Jahre angelegt ist, wünschen wir einen schnellen Erfolg, denn es besteht die Gefahr, daß Sand ins Getriebe kommt, wenn es in der Anfangsphase zu lange Schwierigkeiten gibt.

Die Zielsetzung des Versuchs, durch eigenverantwortliche Bewirtschaftung der Hochschulkapitel die Motivation und Leistungsfähigkeit der Hochschule zu stärken, ist ein oft beschworener Grundsatz der angeblich an den bürokratischen Fesseln und am Haushaltsrecht scheitern muß. Neben allen anderen Maßnahmen ist dieser Versuch ein weiterer reformerischer Schritt zu mehr Eigenverantwortung, zu mehr Gestaltungschancen, zu mehr Freude an der eigenen Leistung auch unter schwierigsten Bedingungen.

Wir bitten wie schon im Ausschuß nochmals um begleitende Informationen für den Fall, daß sich unerwartete und unvermutete Schwierigkeiten einstellen. Bei der schon vereinbarten Berichterstattung zur Haushaltsplanberatung 1993 bitten wir vor allem um die Darlegung der positiven Aspekte durch eigenverantwortliches und flexibles Handeln der Hochschule und um die Darstellung etwaiger Probleme in den Entscheidungsprozessen sowie deren Überwindung.

Die SPD-Fraktion wünscht dem Versuch guten Erfolg und den handelnden Personen, die sich dafür mit neuer und zusätzlicher Arbeit belasten, Freude und Anerkennung für ihren Einsatz.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Apostel, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(D)

(A)

Abgeordneter Apostel (SPD): Herr Präsident, noch drei Sätze, dann bin ich fertig.

Meine Damen und Herren, nichts ist so gut, daß es nicht verbessert werden könnte. Das gilt sicher auch für den Haushalt des Jahres 1992.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]:
Ach ne!)

Die SPD-Fraktion wird ihre Anstrengungen um Verbesserungen fortsetzen. Für heute ziehen wir unter die Beratungsergebnisse einen Schlußstrich mit dem Hinweis auf die vielen Verbesserungen und neuen Ansätze, die positiv bleiben, wenn wir gleichwohl nicht alle Schwierigkeiten, die uns bekannt sind, ausräumen konnten. - Ich danke herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Kollegen Apostel und erteile dem Herrn Abgeordneten Schultz-Tornau von der Fraktion der F.D.P. das Wort. Bitte schön!

(B)

Abgeordneter Schultz-Tornau (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Apostel hat den Satz an den Schluß gestellt: Nichts ist so gut, daß es nicht noch besser werden könnte. Ich glaube, im Blick auf die Realitäten - es ist ja der siebte Wissenschaftshaushalt, den ich hier im Land verfolge - müßte man eher umformulieren: Nichts ist so schlecht, als daß es nicht noch schlechter werden könnte. Dann kämen wir nämlich auf die Realitäten, über die wir hier diskutieren.

Herr Kollege Apostel, Sie haben den Oppositionsfraktionen dafür gedankt, daß sie sinnvollen SPD-Anträgen auch diesmal wieder zugestimmt haben. Das haben wir über die Jahre hinweg erlebt.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber umgekehrt nicht!)

(C)

- Eben! Er weiß schon, was ich sagen will; eine erschreckende und erfreuliche Übereinstimmung zugleich.

Das Grundproblem ist nur: Ich habe in all den Jahren nicht einen einzigen Fall erlebt, daß ein auf den Haushalt bezogener Antrag der Oppositionsfraktionen - es sei denn, er deckte sich zufällig mit einem zugleich eingereichten Antrag der Mehrheitsfraktion - angenommen worden wäre. Wir haben deshalb diesmal auf Anträge verzichtet und statt dessen unsere Prinzipien in einem Entschließungsantrag zusammengefaßt.

Sie haben mit Recht gesagt: Nicht alles, was die Regierung macht, ist schlecht; das widerspreche der Lebenserfahrung. Vieles, all zu vieles ist schlecht. Aber sollte das aus Ihrer Sicht nicht auch für die Opposition gelten? Hätte nicht in sieben Jahren vielleicht doch einmal ein Antrag dabeisein können, der auch aus der Sicht der Regierungsfraktion sinnvoll und richtig ist? Hätte das nicht der Lebenserfahrung entsprochen? Kann Ihre Bewertung richtig sein, daß offenbar nicht ein einziger Antrag sinnvoll war?

In Wahrheit hängt es aber überhaupt nicht damit zusammen, sondern im Prinzip ist auch für die Kollegen der SPD so gut wie gar kein Spielraum vorhanden, Prioritäten etwa anders zu setzen und die Prioritäten zugunsten des Wissenschaftshaushalts gegenüber anderen Einzelplänen des Landes zu verändern. Das ist doch die Realität. Deswegen können die Anträge, die die Oppositionsfraktionen stellen, noch so durchdacht sein, sie könnten auch aus der Sicht der Mehrheitsfraktion noch so sinnvoll sein: Ich garantiere Ihnen, daß sie auch in den nächsten Jahren samt und sonders untergebügelt werden.

(D)

Hier ist mehrfach der "Spiegel" zitiert worden. Als Herr Kollege Posdorf hier zitiert hat - das war sogar das Otto-Suhr-Institut -, hat Herr Kollege Wolf gleich dazwischengerufen, die Misere an unseren Hochschulen gelte ja für alle Bundesländer. Wenn im "Spiegel" von drohendem Kollaps die Rede ist, wenn Herr Erichsen davon spricht, wir steuerten auf eine Katastrophe zu, wenn eine Fülle von Zitaten wirklich groteske Verhältnisse an unseren Hochschulen belegen, dann kommt hier als Argument, das gelte für

(A) (Schultz-Tornau [F.D.P.]

alle Bundesländer. Ja, stimmt es denn nicht, was der "Spiegel" diagnostiziert? Sind denn das Katastrophenmeldungen, die Herr Erichsen oder Frau Wasna formulieren? Ich könnte auch aus anderen Bundesländern zitieren. Oder ist das richtig? Heißt das nicht, daß wir dann eine elffache Misere an unseren Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland vorfinden? Das wäre dann, ja fast noch alarmierender. Aus der Sicht der Opposition in Nordrhein-Westfalen könnte man noch sagen: Wenn ich das Problem auf dieses Land isolieren kann, haben wir größere Angriffsfläche. Aber wenn ich das als verantwortlicher Bildungspolitiker betrachte, dann wird die Situation doch nicht harmloser, sondern schlimmer, wenn ich feststelle: Ähnliche Probleme haben wir in allen elf Bundesländern, daß Wissenschaft und Forschung offenbar nirgendwo in der Bundesrepublik Deutschland den Stellenwert erhalten, der ihnen eigentlich gebührt.

(Zuruf von der SPD: In Kalifornien auch!)

- In Kalifornien auch! Sie lachen dabei, und ich will das hier auch nur als scherzhaften Einwurf betrachten. Aber so scherzhaft ist das Problem, über das wir hier reden, nicht, weil es ja um die Zukunftschancen für uns alle geht und um die individuellen Zukunftschancen all der jungen Menschen, die heute zu 20 %, zu 30 %, teilweise zu 50 % nicht mehr in der Lage sind, ein Studium zu Ende zu führen, nicht nur deshalb, weil sie individuell dazu nicht in der Lage wären. Diese gibt es natürlich auch, in jedem System. Darüber muß man sich unterhalten, wie man die Beratung verbessert, damit die Zahl dieser jungen Menschen geringer wird.

(B)

Aber das Grundproblem ist, daß wir ein System haben, das es in seiner Überlastung, in der Trennung zwischen Betreuung und denen, die eigentlich betreut werden müßten, nicht mehr schafft, auch diejenigen zu einem erfolgreichen Studienabschluß zu führen, die ihn bei entsprechender Betreuung erreichen könnten. Das muß uns allen doch gemeinsam an die Nieren gehen, unabhängig davon, ob das eine nordrhein-westfälische Spezialität oder ein Zustand in allen Bundesländern ist.

Für mich stellt sich angesichts dieser Problematik die Grundfrage, ob der Föderalismus zu halten ist, wenn wir es nicht schaffen, bei den Kernaufgaben der

(C)

Bundesländer, in Wissenschaft, Forschung und Bildung, auf die wir so besonders stolz sind, unsere Hausaufgaben zu machen. Wenn wir das nicht können, kommt natürlich immer stärker der Ruf nach dem Bund. Ob das besser ist, das ist eine zweite Frage. Aber dann stellt sich in der Tat die Frage nach der Leistungsfähigkeit unseres föderalistischen Systems.

(Zuruf von der SPD: Der Bund hat auch kein Geld!)

Hier ist Herr Wiesheu zitiert worden. Ich weiß nicht, ob er hier der Richtige ist. Aber auch hier ist interessant, was da gesagt wird. Herr Wiesheu hat gesagt: Allein mit dem Ruf nach mehr Geld und mehr Planstellen bekommen wir die Probleme nicht in den Griff. Das sagen ja auch viele hier, und das ist auch unbestritten richtig. Aber der Satz hat doch einen zweifachen Sinn. Meist ist er nur in die eine Richtung gemeint: daß eben nicht mehr Geld ausgegeben werden soll. Die deutsche Sprache sagt uns aber etwas anderes: "allein" heißt "aber auch". Und da hätten wir schon einen wesentlichen Schritt: Wir brauchen auch mehr Geld und mehr Planstellen für unser System. Allein mit anderen Maßnahmen, mit flankierenden Maßnahmen, über die wir uns ebenfalls unterhalten können, ist es auch nicht getan. Wenn die finanziellen Rahmenbedingungen nicht stimmen, dann nutzt uns alles andere auch nichts, genauso wie der Satz umgekehrt gültig ist: Wenn wir nur mehr Geld und mehr Planstellen und nicht auch neue Ideen im Hinblick auf die Verbesserung der Strukturen haben, dann funktioniert das auch nicht. Aber es gilt eben, wie gesagt, in beide Richtungen: Wir brauchen mehr Geld und mehr Planstellen, und wir brauchen die breit angelegte Diskussion über neue Strukturen.

(D)

Sie haben davon gesprochen, Herr Kollege Apostel, daß neu über die Begrenzung des freien Hochschulzugangs gesprochen würde, diskutiert würde. Ich habe Ihren Worten entnommen, daß Sie gegen eine solche Begrenzung des freien Hochschulzugangs sind. Nur: Das braucht man ja nicht dem "Spiegel" zu entnehmen. Das Kuriosum ist ja: Oft werden Selbstverständlichkeiten, Dinge, die jeder weiß, erst dann in die öffentliche Diskussion stärker hineingetragen, wenn der "Spiegel" das Thema aufgreift. Da können Sie doch auch nachlesen: Der Öffnungsbeschuß von 1977

(A) (Schultz-Tornau [F.D.P.]

ging davon aus, daß Anfang der 80er Jahre die Studentenzahlen sinken. Sie sind dramatisch angestiegen, aber die finanziellen Konsequenzen sind daraus nicht gezogen worden. So haben wir heute auf der einen Seite den Öffnungsbeschluß, wo alle rituell sagen: Wir halten daran fest. Ich kenne keinen, der den Mut hätte zu sagen: wir verzichten auf den Öffnungsbeschluß. Aber in concreto wird er überall unterlaufen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Wenn wir in 90 % aller Fachhochschulstudiengänge den Numerus clausus haben, wie kann man sich dann ernsthaft vor die Menschen stellen und sagen: Wir halten am Öffnungsbeschluß fest. Wenn wir jetzt über die Bereiche an den Universitäten hinaus, wo wir heute schon den Numerus clausus haben, demnächst in Jura womöglich den Numerus clausus einführen - wie kann man dann sagen: Wir halten am Öffnungsbeschluß fest, nachdem wir vorher schon die Leute von BWL nach Jura gedrängt haben, weil wir in BWL bereits den Numerus clausus eingeführt haben.

(B) Wir müssen also - ich sage bewußt "wir" in diesem Zusammenhang - wieder ehrlich werden. Entweder halten wir am Öffnungsbeschluß fest, das heißt, wir lassen den Zugang für diejenigen, die studieren wollen, offen, und dann heißt das eben, daß wir erheblich mehr Mittel in die Hochschulen hineinstecken müssen. Oder wir sagen: Das können wir uns finanziell nicht leisten, das setzen wir bei den Finanzministern nicht durch. Dann müssen wir allerdings darüber diskutieren, nach welchen Kriterien wir die Öffnung versperren, und nicht nach Zufallsprinzip oder nach der Konservenbüchsenmaxime dann, wenn die letzte Erbse drin ist und die anderen immer wieder rausperlen, halt den Deckel schließen. So nach Willkür darf das eben nicht geschehen. Aber sehr viel rationaler verhalten wir uns bei unserer derzeitigen Numerus-clausus-Diskussion nun leider überhaupt nicht.

Zum Aktionsprogramm "Qualität der Lehre": Es ist absolut richtig, daß wir einen Rückstand in der Diskussion über Qualität der Lehre und Gleichrangigkeit von Qualität der Lehre auf der einen Seite mit Qualität der Forschung auf der anderen Seite. Es gehört ja zu unserer Hochschultradition ein wenig dazu, daß gerade an Universitäten das Thema "Qualität der

(C)

Lehre" lange Zeit nicht den Stellenwert hatte, den es eigentlich verdient. Von daher könnte man zunächst einmal sagen: Alles, was dienlich ist, das Thema stärker auf die Tagesordnung zu bringen, ist, für sich genommen, zunächst einmal verdienstvoll.

Das ändert aber doch nichts daran, daß man sich kritisch anschauen muß, ob der konkrete Weg, der gewählt worden ist, in allen Teilen richtig ist. Die Kritik entzündet sich ja nur marginal beispielsweise am Tutorenprogramm, nur marginal an bestimmten Modellvorhaben. Aber mit Recht entzündet sie sich an der Methode der Bewertung von Hochschullehrerleistungen. Nun könnte man natürlich denken, daß dies so ist, läge daran, daß sich die Hochschullehrer ungern bewerten ließen. Das ist auch der Fall. Aber es kommt natürlich darauf an, daß wir hier in Nordrhein-Westfalen einen Weg gewählt haben, wo sich die Landesregierung oder, besser gesagt, der Minister oder die Ministerialbürokraten zu Oberzensoren der Leistung von Hochschullehrern gemacht haben.

(Ministerin Brunn: Das ist nicht der Fall.)

Das ist der falsche Weg und - das wissen Sie - der Kernpunkt der Kritik. Den muß man ernst nehmen.

(Ministerin Brunn: Das ist aber falsch.)

(D)

In den Vereinigten Staaten ist man in diesem Punkt sehr viel weiter. Da werden nämlich Studiengebühren gezahlt. Ich war gerade dort. Die haben gesagt: "Qualität der Lehre" ist für uns überhaupt kein Thema. Daran müssen wir tagtäglich arbeiten. Wenn wir nämlich den Studenten nicht das leisten, was sie von uns an Lehrleistung erwarten, gehen die an die nächste Hochschule, und wir kriegen keine Studiengebühren mehr. Dort steht aber nicht der Hochschullehrer im Mittelpunkt der Diskussion, sondern da wird der Blick auf den einzelnen Studenten gewendet und gefragt: Wie kann denn in einer gemeinsamen Anstrengung festgestellt werden, ob das Lernziel, das konzipiert wurde, tatsächlich erreicht worden ist? Was kann der tatsächlich nach einer bestimmten Frist? Und wenn man feststellt, Lernziel und tatsächlich erreichte Leistung klaffen auseinander, wird konkret gefragt: Woran mag das gelegen haben? Da ist dann die Lehrleistung des Professors nur ein Element unter anderen. Es kann auch an ganz anderen Dingen liegen, die

(A) (Schultz-Tornau [F.D.P.]

dann sehr umfangreich und sehr im Detail diskutiert werden. Das heißt also: eine gemeinsame Anstrengung vor Ort und nicht die Verlagerung der Auswertung in das Ministerium.

Darüber, meine ich, müßte man diskutieren, wie man die Eigenkräfte, die Selbstverantwortung in den Hochschulen, anregt und nicht den Eindruck erweckt, als ginge es um Zuckerbrot und Peitsche, verteilt von den Ministerialbürokraten in Düsseldorf. Über die neue Qualität der Lehre sind wir sehr bereit zu diskutieren.

Dort, wo Zugangsbeschränkungen vorhanden sind, gehört es auch zu der neuen Verantwortlichkeit zwischen Hochschullehrern und Studierenden, daß wir das Thema, das wir vor einigen Jahren bereits einmal vergeblich auf die Tagesordnung gesetzt haben, neu aufgreifen - Herr Simon hat das im "Spiegel" getan -, nämlich die Frage, ob es nicht zumutbar und richtig ist, im Sinne der Verantwortlichkeit der Hochschulen für ihre Studenten dort, wo Zugangsbegrenzungen notwendig sind, dies von der Hochschule selbst leisten zu lassen, auch als ein Element der Qualitätssteigerung von Lehre, daß man überhaupt die Menschen kennt, die zu einem kommen, daß man verantwortlich auch im Wettbewerb dieses zu einem Thema macht.

(B) Also, mehr Freiheit bei der Frage: Wer entscheidet über den Zugang der Studierenden? Da, meine ich, müssen wir neu über Formen der Autonomie und einer neuen Verantwortlichkeit der Hochschulen nachdenken.

Ich hoffe, eines deutlich gemacht zu haben. Wir brauchen hier ja keine generelle Übereinstimmung. Es geht meiner Fraktion nicht darum, hier nun in Bausch und Bogen zu sagen, alles ist schlecht. Es geht uns nicht darum, nur mehr Geld, mehr Planstellen zu fordern, sondern wir wollen eine neue Diskussion über unsere Hochschullandschaft, weil wir glauben, sie ist insgesamt in der Sackgasse. Aber ich sage auch: Wir werden darauf bestehen müssen, daß die Prioritätensetzung in Nordrhein-Westfalen geändert wird - hin auch zu mehr Mitteleinsatz für Wissenschaft und Forschung, weil wir sonst Gefahr laufen, uns in Nebensächlichkeiten, in Randproblemen zu verlieren und am Ende das Ziel, wieder Verhältnisse zu schaffen, bei denen auch in Nordrhein-Westfalen Wissenschaft und Forschung eine wirklich gute Zu-

kunft haben, nicht zu erreichen, sondern zu verspielen. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Schultz-Tornau. Für die Fraktion DIE GRÜNEN darf ich Herrn Kollegen Dr. Vesper das Wort erteilen.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle Jahre wieder wird in diesem Haus nach Schuldigen gesucht. Wer ist schuld am fortwährenden Notstand an den Hochschulen unseres Landes? Und wenn wir von einem Notstand sprechen, dann fällt mir natürlich sofort das sogenannte Notzuschlagsprogramm auf Zeit ein, das wir seit nunmehr 17 Jahren Jahr für Jahr mit verabschieden. Vielleicht wäre es ehrlicher, dieses Programm einmal so zu benennen, wie es wirklich ist, nämlich nicht ein Notzuschlag auf Zeit, sondern ein Notzuschlag auf Dauer. Hier wird doch die Not verwaltet; sie wird letztlich nicht beseitigt.

Wer hat es zu verantworten, meine Damen und Herren, daß Studierende Semester über Semester verlieren, nur weil sie keinen Praktikumsplatz ergattern können oder weil sie schlicht kein Losglück haben? Wer trägt die politische Verantwortung dafür, daß heute, wenn man über die Hochschulen spricht, stets das alltägliche Desaster im Vordergrund steht und nicht die zweifellos vorhandenen bildungspolitischen Leistungen des Landes? Wer trägt dafür eigentlich die Verantwortung, meine Damen und Herren? Solche "Spiegel"-Artikel, wie sie hier mehrfach genannt wurden, zitieren wir ja nicht, weil es uns Spaß macht, sondern sie benennen das, was dem Ansehen unserer Hochschullandschaft schadet. Das ist die traurige Realität, über die wir hier und heute zu beraten haben.

Hört man aber der Landesregierung und der mit ihr in Aktionseinheit verbundenen SPD-Fraktion aufmerksam zu und registriert man dabei auch das, was zwischen den Zeilen gesagt wird, dann sind es eigentlich die Studierenden selbst, die schuld sind. Das ist eigentlich, wenn man es richtig auf den Kern zurück-

(C)**(D)**

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

führt, das, was Herr Apostel sagt und was möglicherweise auch die Ministerin uns gleich sagen wird.

Erstens studieren angeblich zu viele. Anstatt sich über die zunehmende Bildungsneigung zu freuen, meine Damen und Herren, die in grauer landespolitischer Vorzeit einmal nicht nur in Kauf genommen, sondern aktiv gefördert, wurde, wird sie angesichts knapper Kassen heute nur noch als Problem gesehen.

In Wirklichkeit hat doch die hochschulpolitische Planung versagt, denn sowohl die demographische Entwicklung als auch die wachsende Studierneigung hätte man solide voraussehen können - und das seit 10 oder 15 Jahren.

Zweitens. Die zweite Entschuldigung, die die Landesregierung und die SPD-Fraktion immer gerne vorbringen, ist: Die Studentinnen und Studenten studieren zu lange. Es ist gar nicht zu bestreiten, daß hierin ein Problem liegt. Dieses Problem kann aber nicht dadurch gelöst werden, daß Politikerinnen und Politiker jetzt mit populistischen Sprüchen und fast schon demagogischen Brandreden gegen die ewigen Studenten wettern, die den anderen die Plätze wegnehmen.

(B) Wir müssen vielmehr nach den Ursachen für die Studienzeitverlängerung fragen und diese Ursachen dann politisch angehen. Da muß man einmal feststellen: Das Studium verlängert sich im statistischen Durchschnitt nicht deswegen, weil die Studierenden faul, langsam, unkonzentriert oder müde sind.

(Zuruf von der SPD: Doch!)

Den Typen des Studenten im 24. oder 35. Semester hat es immer gegeben; der ist aber für die statistische Studienzeitverlängerung wirklich nicht verantwortlich. Nein, die Ursachen liegen zum großen Teil in den materiellen Bedingungen an den Hochschulen selbst.

Den einen Fall habe ich schon genannt. Gerade Studenten naturwissenschaftlicher Fächer sind für den Abschluß ihres Studiums darauf angewiesen, eine bestimmte Zahl von Praktika zu absolvieren. Solche Praktikumsplätze sind nicht annähernd in ausreichender Zahl vorhanden. Darum sind viele Studierende gezwungen, einige Semester an ihrer Hochschule zu "parken", bis sie ihr Studium nach den geltenden

(C)

Studienordnungen zu Ende führen können. Durch die unzureichende Ausstattung sorgt das Land also letztlich selbst dafür, daß sich die Studiendauer in diesen Fächern verlängert.

An dieser Stelle - und nicht nur an dieser Stelle - würde ein Einsatz von mehr Mitteln an der richtigen Stelle für die Entlastung in anderen Bereichen führen.

(Abgeordneter Apostel [SPD]: Das können Sie mal angehen!)

- Ja, bitte, das können wir gemeinsam angehen. Dazu werde ich gleich noch einen Vorschlag unterbreiten.

An dieser Stelle führt Kürzen nicht nur zu schlechter Stimmung, sondern auch zu einem zusätzlichen Mittelbedarf.

Ein anderer Grund für die Studienzeitverlängerung ist die immer schlechtere materielle Ausstattung der Studierenden bei steigenden Lebenshaltungskosten. Nur eine verschwindend kleine Minderheit kann doch zum Beispiel in einem Studentenwohnheim unterkommen, ebenso wenige leben noch bei den Eltern. Der große Rest muß sich ein Dach über dem Kopf auf dem freien Markt besorgen, und wir wissen doch alle, was das heute heißt.

(D)

Gleichzeitig werden die BAföG-Leistungen real geringer. Nur noch etwa 18 Prozent bekommen heute BAföG. Immer mehr Studierende sind dazu gezwungen, ihren Lebensunterhalt durch Neben- und Zusatzjobs zu verdienen; mehr als die Hälfte der Studenten sind das mittlerweile, und zwar nicht nur in den Semesterferien, sondern zunehmend auch während des Semesters. Daß das Studium darunter leidet, ist nur zwangsläufig, aber nicht so platt den Studierenden in die Schuhe zu schieben.

Hinzu kommen andere materielle Bedingungen, wie die fehlende Kinderbetreuung. Bis heute haben wir es immer noch nicht geschafft, Frau Ministerin, den Studentenwerken die Möglichkeit zu geben, Kindertagesstätten an den Hochschulen einzurichten.

Oder auch die Ausstattung der Bibliotheken. Heute müssen Studierende oft wochenlang auf Bücher warten, die sie für ihr Studium dringend benötigen.

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

Ein dritter Faktor für die verlängerte Studienzeit ist sicherlich auch die Perspektivlosigkeit vieler Studierender. In vielen Fächern sind heute die Berufsaussichten alles andere als rosig.

Eine Motivation für schnelles und zielstrebiges Studieren fällt damit weg oder wird doch geringer, nämlich die Aussicht auf einen interessanten und erfüllenden Arbeitsplatz und ein auskömmliches Einkommen. Welchen Anreiz gibt es denn für die Lehrerstudenten, ihr Studium in Rekordzeit zu Ende zu bringen, wenn sie dann vom Land doch nicht eingestellt werden, weil dieses die dringend benötigten Lehrerstellen nicht schafft?!

An vielen Stellen im Hochschulsystem hapert es, und das ist nicht immer und nicht vorrangig die Schuld der Studierenden. Auf sie einzuprügeln ist leicht; denn erstaunlicherweise wehren sie sich nur zaghaft. Mich erstaunt immer wieder im Gedenken an meine eigene Studienzeit, wie brav und artig die Studierenden heute auf all das reagieren, was ihnen an strukturellen Bedingungen zugemutet wird.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das stimmt!)

(B) - Da muß sogar Herr Linssen lachen; ich glaube, selbst im RCDS hätte es damals einen Aufstand gegeben.

Vielleicht spielt da auch ein gutes Maß an Resignation eine Rolle. Denn was nützt es zu protestieren? Es ändert sich ja doch nichts! Darauf kann ich nur erwidern: In dieser Gesellschaft kommen nur diejenigen zu ihrem Recht, die sich wehren und die sich laut und vernehmlich äußern.

Das Dilemma, vor dem alle Wissenschaftspolitikerinnen und Wissenschaftspolitiker in diesem Hause stehen, läßt sich auf eine einfache dreipolige Formel bringen:

1. Um wirklich sparen zu können, brauchen wir zunächst mehr Geld, auch wenn das paradox klingt. Aber um wirklich Maßnahmen durchzusetzen, die dazu führen, daß wir das Geld besser, kostengünstiger einsetzen, müssen wir zunächst mehr Mittel haben.

(C)

2. Die Organisation des Wissenschaftsbetriebes muß dringend verbessert werden, weil Mittel an vielen Stellen verpuffen und an anderen Stellen, wo leicht aus einer Mark fünf gemacht werden könnten, fehlen. Zuviel Bürokratie zerstört jede Phantasie und jede Möglichkeit zur flexiblen Reaktion.
3. Wir müssen wieder mehr auf Selbsthilfe der Betroffenen setzen. Der nur zögerlich und gegen große Widerstände aus dem Finanzministerium gestartete Versuch einer begrenzten Finanzautonomie, an dem bislang lediglich zwei Hochschulen teilnehmen - Herr Schultz-Tornau hat auch darauf hingewiesen -, dieser Versuch muß schnellstens ausgeweitet werden.

Wenn - und ich betone ausdrücklich: wenn - ausgeschlossen werden kann, daß der Finanzminister die Bemühungen der finanzautonomen Hochschulen um einen möglichst effektiven Einsatz ihrer Mittel nicht dazu nutzt, unter dem Strich die dadurch gewonnenen Möglichkeiten wieder zu streichen, wenn das also eindeutig ausgeschlossen werden kann, dann bietet der Versuch in der Tat die Chance, daß mit knappen Ressourcen erheblich besser und sinnvoller umgegangen wird als durch eine Zentralinstanz, nämlich das Finanzministerium, das von Hochschulpolitik bekanntlich überhaupt keine Ahnung hat.

(Zustimmung des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.]

(D)

Ich will das an zwei Beispielen erläutern.

Das erste sind die Studentenwerke; darüber haben wir schon des öfteren hier gesprochen; unser Gesetzentwurf liegt vor. Wir schlagen vor, die Ausstattung der Studentenwerke dem Bedarf anzupassen.

Das zweite aber - und das ist mir heute besonders wichtig - ist die Stellenbesetzungssperre. Sie wissen ja, daß wir grundsätzliche Bedenken gegen diese Form linearer Kürzungen haben. Aber ich möchte diese Stellenbesetzungssperre auch hier im Wissenschaftshaushalt einmal besonders ansprechen, und das aus einem ganz einfachen Grund: Aufgrund der ge-

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

wollten Fluktuation eines großen Teiles des Personals im Einzelplan 06, also im Wissenschaftshaushalt, trägt dieser Einzelplan zu den Einsparungen aus der Stellenbesetzungssperre in einem erheblich größeren Umfang bei als die anderen Einzelpläne.

Es ist einfach ungerecht, meine Damen und Herren, wenn in einem normalen Etat eine Stelle alle 25 bis 30 Jahre frei wird und wenn im Wissenschaftsetat die Stelle im befristeten Bereich alle zweieinhalb bis drei Jahre frei wird, dann an diese Stelle die gleiche Stellenbesetzungssperre anzulegen wie an die Dauerstelle in einer ganz normalen Bürokratie im ganz normalen Finanzministerium.

Die Fluktuation im Wissenschaftsbereich ist gewollt. Es handelt sich um Qualifikationsstellen. Die Wissenschaftler des akademischen Mittelbaus sollen von Zeit zu Zeit wechseln, weil sie sich qualifizieren sollen. Darum wurden diese befristeten Stellen geschaffen. Wenn nun diese Stellen frei werden - und das werden sie eben in einem erheblich größeren Ausmaß -, dann kann hier die Stellenbesetzungssperre doch nicht genauso greifen wie in den anderen Etats. Das führt dazu, daß im Einzelplan 06 die Stellen im Durchschnitt acht- bis neunmal so lange gesperrt sind wie in den anderen Etats, und das kann und darf in dieser desaströsen Situation an den Hochschulen nicht sein.

(B)

Es ist heute schon so, daß, wenn man den Gesamtgewinn, die Gesamteinsparung aus der Stellenbesetzungssperre im gesamten Landeshaushalt nimmt, dieser eine Etat, der Einzelplan 06, allein zu 40 % dazu beiträgt. 40 % der Mittel, die durch die Stellenbesetzungssperre erwirtschaftet werden, werden an den Hochschulen dieses Landes erwirtschaftet, meine Damen und Herren! Und Sie müssen sich nicht wundern, wenn die Hochschulen aus diesem Grunde ganz besonders erschreckt sind über dieses Ausmaß völlig unsinniger Sperrungen. Ich bitte Sie wirklich, Frau Ministerin Brunn, hierzu gleich konkret noch etwas zu sagen.

Aus den genannten Beispielen ergibt sich, daß die Hochschullandschaft nicht mit dem Rasenmäher gepflegt werden kann; es müssen auch einmal Orchideen blühen dürfen, es darf nicht jede Wildblume gleich plattgemacht werden. Das Wissenschaftsministerium

(C)

kann sich offensichtlich mit seinen berechtigten Wünschen gegen das Finanzministerium nicht durchsetzen.

Das Dilemma, vor dem wir stehen, ist doch folgendes: Selbst wenn wir heute endlich durchgreifende Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im Hochschulbereich beschließen sollten, kommt dies alles doch viel zu spät. Die Wohnheime, über deren Bau wir heute beschließen, stehen frühestens in vier bis fünf Jahren zur Verfügung. Hörsäle brauchen eine Planungszeit von vier oder fünf Jahren, obwohl sie doch heute dringend benötigt werden.

Von daher empfinden wir es im übrigen auch als Signal in die völlig falsche Richtung, Frau Brunn, wenn beispielsweise im Etat der Universität - Gesamthochschule - Paderborn ein dreistelliger Millionenbetrag gerade da gestrichen wird, wo es um den Neubau eines Hörsaals geht, während Sie eine Woche vorher noch dort gestanden und betont haben, wie nötig dieser Hörsaal sei. - Wenn Sie jetzt erwidern, daß sich durch die Streichung der Bau nicht verzögern würde, kann ich darauf nur antworten: Dann sorgen Sie doch bitte dafür, daß sich der Bau nicht nur nicht verzögert, sondern schneller vorangetrieben wird, daß die 280 Millionen DM - oder um welchen Betrag es sich auch handelt - unverzüglich dafür eingesetzt werden, damit im Jahre 1992 und nicht erst 1996 etwas passiert, nämlich nicht erst dann, wenn die Studienanfänger, die jetzt in Paderborn ihr Studium aufnehmen, es bereits beendet haben.

(D)

(Abgeordneter Apostel [SPD]: Solch einen teuren Hörsaal gibt es doch gar nicht!)

- Schauen Sie doch einmal in den Etat, Herr Apostel. - Mit der Hochschulpolitik geht es so nicht weiter. Alles kann man noch verbessern, wie Herr Apostel gesagt hat. Alles kann aber auch noch schlechter werden. Darum: Befreien Sie den Hochschuletat aus diesem finanzpolitischen Schattendasein. Lassen Sie uns gemeinsam - ich meine alle vier Fraktionen - eine Hochschulpolitik durchsetzen gegen die Finanzverwaltung im Hochschulbereich. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.]

(A)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Herr Kollege Dr. Vesper. - Für die Landesregierung erteile ich der Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Frau Brunn, das Wort.

Ministerin für Wissenschaft und Forschung Brunn: Herr Präsident! Mein Damen und Herren! Als gemeinsame Botschaft der Fraktionen nehme ich die erfreuliche Meldung auf, daß man den Hochschulen und dem Wissenschaftsbereich gerne mehr Geld geben würde. Das finde ich gut, denn sicherlich haben die Hochschulen nicht nur das Geld, was sie bekommen, verdient, sondern sie könnten eine ganze Menge mehr brauchen.

Immerhin sind unsere Hochschulen nachgefragt wie nie: Junge Menschen in immer größerer Zahl wollen bei uns ihr Hochschulstudium absolvieren, und immer mehr hochqualifizierte Absolventen werden von Wirtschaft, Verwaltung und Betrieben gesucht. Darum steigen ja auch die Studienanfängerzahlen in Zeiten, in denen - entsprechend den Vorhersagen der Demographen - die Abiturientenzahlen gesunken sind. Das ist der Hintergrund. Und ich habe keinen Anlaß, mich über mehr Studienanfänger und -anfängerinnen und mehr Examenskandidatinnen und -kandidaten zu beklagen. Ich habe mich höchstens darüber zu sorgen, daß in bestimmten Zeiträumen die Studentenzahlen stärker gestiegen sind als der Mittelzuwachs.

(B)

Wir stellen bei einem europäischen Vergleich - ich will gar nicht von den einzelnen Bundesländern reden - und bei einem über Europa hinausgehenden, internationalen Vergleich fest, daß wir offensichtlich längst noch nicht am Ende dieser Entwicklung, längst auch noch nicht am Ende eines Qualifikationsbedarfs einer modernen Gesellschaft angekommen sind.

Die notwendigen Antworten müssen heißen: sowohl Ausbau als auch innere Reform.

Ausbau ist unter den Bedingungen der deutschen Vereinigung, unter denen wir gegenwärtig öffentliche Haushalte fahren, sicherlich schwieriger, als er vorher gewesen ist.

So ist in weiteren Fällen doch nicht auszuschließen, daß es zur Notbremse Numerus clausus für total

(C)

überfüllte Studiengänge kommen muß. Der Numerus clausus ist dann unvermeidlich, wenn anders ordentliche Studienbedingungen nicht zu gewährleisten sind. Aber dieser Numerus clausus darf kein Auswahlinstrument auf Dauer sein, sondern muß als Notbremse so lange angesehen werden, bis hinreichend Studienplätze zur Verfügung stehen. Ich bin nach wie vor der altmodischen Meinung, daß es Aufgabe und Anliegen der Studierenden ist, sich ihre Hochschule auszusuchen, und nicht Aufgabe der Hochschule, unter Knappheitsgesichtspunkten die Studierwilligen einem weiteren Abitur oder einem ähnlichen Auswahlverfahren auszusetzen.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Dammeyer [SPD])

Ich denke, daß die nächste Generation einen Anspruch auf die bestmögliche Ausbildung hat. Denn immerhin ist es auch für die ganze Gesellschaft wichtig, daß unser Standortfaktor inzwischen nicht mehr die alten Rohstoffe sind. Vielmehr sind die traditionellen Roh- und Grundstoffe durch den neuen Standortfaktor, den Grundstoff Qualifikation, ersetzt.

Hier ist sehr viel vom "Spiegel" und seinen regelmäßigen Artikeln über Notzustände die Rede gewesen. Das meiste davon stimmt. Aber man darf nicht vergessen, daß unsere Hochschulen dabei nicht nur schlecht wegkommen. Ich erinnere an die sehr interessante, von einigen schon vergessene, vor zwei Jahren erfolgte Veröffentlichung, als man die Studenten befragt hatte, wie sie ihre Studiengänge sähen, aus der abzulesen ist, welche Ergebnisse die nordrhein-westfälischen Hochschulen bei der Beurteilung erzielen. Die Hochschulen konnten sich sehr wohl sehen lassen. Dieses Ergebnis war Anstoß für uns zu überlegen, ob Gutes nicht noch besser werden könnte, indem man das, was Studenten dazu beizutragen haben, in die Diskussion mit aufnimmt.

(D)

Erlauben Sie mir einige Anmerkungen zum Etat im Detail. Tatsächlich haben wir in diesem Wintersemester etwas weniger Studienanfänger als im vergangenen Jahr. Aber das bedeutet nur eine geringfügige Erleichterung, weil wir im letzten Jahr den höchsten Anstieg in einem Jahrzehnt zu verzeichnen hatten. Entsprechend bleibt der Ausbau dringliche Aufgabe.

(A) (Ministerin Brunn)

Das Ganze ist eine Stabilisierung auf einem Niveau außerordentlich hoher Belastung.

Nun gibt uns der Etat voraussichtlich - wenn Sie ihn bewilligen - im Jahre 1992 rund 7,35 Milliarden DM für Hochschulen und Forschung. Das entspricht einer nominellen Steigerung von 5,6 % gegenüber einer Haushaltssteigerung des Landeshaushalts von 3,5 %, also eine durchaus überproportionale Steigerung, was auch etwas aussagt über den Stellenwert, den Wissenschaft und Forschung besitzen. In diesem Jahr, 1991, lag die Steigerung sogar bei 9 % . Und wir hätten uns sicher mit einer Schrittfolge gleicher Haushaltssteigerungen von 9 % über mehrere Jahre eine größere Erleichterung in der Entwicklung verschaffen können, als das gegenwärtig aufgrund der Finanzbelastung durch die deutsche Vereinigung möglich ist. Das heißt: Die Vereinigung bringt Restriktionen, die unter anderen Voraussetzungen nicht vorgelegen hätten. Das muß man ehrlich und offen sagen. Aber dennoch sind wir mit den 5,6 % durchaus in einer guten Relation zu dem, was der Landesregierung möglich ist.

Wenn Sie, Herr Kollege Schultz-Tornau, allerdings glauben, Sie müßten den Föderalismus in Frage stellen, dann wäre es mir lieber, Sie würden den Finanzausgleich in Frage stellen. Denn Tatsache ist, daß die Länder in ihren Zentralbereichen Bildung und Wissenschaft die hoch personalintensiven Finanzbelastungen haben und daß entsprechend eine überdurchschnittliche Steigerung dieser Ausgabemöglichkeiten für die Länder nicht gegeben ist, weil sie nicht über ihre Einnahmen, sondern nur über ihre Ausgaben verfügen. Wenn Sie ein gutes Wort für uns einlegen wollen: Helfen Sie uns mit, zu einem vernünftigen Finanzausgleich zu kommen, der uns die Spielräume eröffnet, damit wir in unseren Kernbereichen deutlich zulegen können.

Was mir Sorge macht - das will ich hier auch sagen -, was wir trotz unserer Steigerungen, die wir auf der Landesebene haben, nicht ausgleichen können, sind die Kürzungen nicht nur brutto, sondern auch netto im Bereich der Forschung, die uns von der Bundesebene auferlegt werden. Wir werden 30 bis 50 Millionen DM weniger in unseren Hochschulen aus der Projektförderung haben.

(C)

Wir müssen die Strukturhilfemittel, die wir für die Hochschulen auch in Anspruch genommen haben, für infrastrukturelevante Aktivitäten quasi "in den Rauch schreiben". Da kommt nichts Zusätzliches mehr. Hinzu kommen auch die Kürzungen im Bereich der Großforschung, die im kommenden Jahr und in den zukünftigen Jahren auf uns zukommen. Das wird das Land nicht ausgleichen können, und das belastet die Forschung auch in Nordrhein-Westfalen.

In dieser Situation müssen wir um so mehr überlegen, wo es zusätzliche Möglichkeiten sowohl des Ausbaus und der inneren Reform gibt, welche Spielräume wir haben und wie wir lernen können, noch besser mit unseren Mitteln umzugehen. Aus diesem Grunde freue ich mich, daß es jetzt möglich ist, das Projekt Hochschule und Finanzautonomie ab Frühjahr 1992, also mit dem Haushaltsjahr 1992, in Angriff zu nehmen. Ich habe es bereits in meinem Arbeitsprogramm erläutert, warum ich ein solches Projekt vorschlage. Ich habe mich gefreut, daß die Hochschulen dieses Projekt mit uns ausgearbeitet haben.

Ich bin froh, daß wir ganz bestimmte wichtige Elemente dieses mehrjährigen Versuches - zwar nicht ganz hundertprozentig, wie wir es uns gedacht haben - ab dem kommenden Jahr in den Hochschulen Bochum und Wuppertal starten können.

(D)

Es soll erprobt werden, wie die Hochschulen bei größeren Spielräumen für die Bewirtschaftung ihres Etats leistungsfähiger werden können, wie sie sowohl Motivation als auch Effizienz dadurch stärken können, wie sie flexibler mit Überlast umgehen und vor allem auf hochschulspezifische Probleme reagieren können.

Finanz- und personalwirtschaftliche Entscheidungen können damit besser vor Ort getroffen werden, so meinen wir. Wir haben auch die Spielräume der Hochschulen bei Berufungsverhandlungen in diesen konkreten Fällen verstärkt.

Der Versuch wird durch folgende Grundsätze charakterisiert: Zusätzliche, also über den bisherigen Haushaltsansätzen liegende Mehreinnahmen verbleiben den Hochschulen. Die Hochschulen sind berechtigt, in

(A) (Ministerin Brunn)

gleicher Höhe Mehrausgaben zu tätigen. Zur Sicherstellung der notwendigen Flexibilität sind die einzelnen Ausgaben weitestgehend deckungsfähig. Dies bedeutet, daß mit Hilfe des freien Stellengehaltes Sach- und Investitionsmittel verstärkt beziehungsweise umgekehrt aus nicht verausgabten Sachmitteln die Personalmittel verstärkt werden können.

Darüber hinaus wird zugelassen, daß die verbindlichen Stellenübersichten für Angestellte und Arbeiter um bis zu 5 % überschritten werden können. Derartige Überschreitungen setzen allerdings voraus, daß Einsparungen an anderer Stelle erfolgen.

Nach Ende des auf fünf Jahre ausgelegten Versuches wird sichergestellt, daß die tatsächliche Besetzung der Stellen das Stellensoll nicht mehr überschreitet. Dies ist wegen der starken Fluktuation im Hochschulbereich durch die beteiligten Hochschulen auch einzuhalten. Die beiden Hochschulen, Universität Bochum und Universität - Gesamthochschule - Wuppertal, die den Modellversuch durchführen, machen damit auch gleichzeitig einen Modellversuch im Hinblick auf ein modernes Finanzmanagement in den Hochschulen.

(B) Das bietet ihnen Chancen, birgt aber auch Risiken und setzt vor allem Vertrauen auf seiten der Geldgeber voraus. Ich denke, die Hochschulen sind dieses Vertrauen wert. Wir sollten sie, die damit auch den Mut haben, sich einer verstärkten Beobachtung und Kontrolle zu stellen, kräftig unterstützen. Wir sollten auch das Vertrauen, das sie ihrerseits in uns setzen, weil sie nämlich durch einen solchen Versuch auch verletztlich werden, unsererseits rechtfertigen. Ich bin der festen Überzeugung: Das Programm verdient es, ausprobiert zu werden.

Ein weiterer Schwerpunkt des Arbeitsprogramms ist das Aktionsprogramm "Qualität der Lehre". Es ist inzwischen angelaufen. Es lohnt sich zu sehen, daß jetzt schon im Hinblick auf studentische Arbeitsplätze und Tutorenprogramm etliches läuft. Ich könnte Ihnen die Aktivitäten hier erläutern, schenke mir das aber, weil Sie das auch nachlesen können.

Eines möchte ich aber sagen, Herr Kollege Vesper. Sie haben gerade vorgeschlagen, daß man beispielsweise dort, wo Engpässe bei Praktika die Beschleunigung des Studiums verhindern, speziell ansetzen

(C) könnte. Genau das ist ein Bestandteil des Aktionsprogramms "Qualität der Lehre". Es ist ein Programmteil, der in besonderer Weise in diesem Herbst angenommen wurde. Wir haben dazu ausgezeichnete Anträge bekommen. Ich glaube, wir können auch zeigen, wie man das machen kann, um zu besseren Ergebnissen zu kommen.

Herr Kollege Schultz-Tornau, Sie haben das Programm kritisiert, indem Sie behauptet haben, die Landesregierung würde sich im Hinblick auf die studentische Veranstaltungskritik zum Oberzensor über Hochschulen auswerfen. Ich bedaure, daß ich das als Unsinn bezeichnen muß. Ich rate Ihnen: Lesen Sie den Arbeitsbericht der Hochschulen, der Studenten, der Professoren und meiner Mitarbeiter, in dem sie zu den einzelnen Maßnahmen genau vorgestellt haben, was da vorgesehen ist.

Es ist nicht vorgesehen, daß hier irgendein Ministerialbürokrat oder sonstwer, ich, ein Abgeordneter oder Sie, irgendeinen Fragebogen herausgibt oder studiert. Wir haben den Hochschulen Musterfragebögen für Veranstaltungskritik zugeleitet, die sie in zwei Semestern erproben sollen. Abweichungen sind auch möglich.

(D) Das hat natürlich erst einmal, weil es ein gewisses Tabu ist, daß man sich einer solchen Bewertung stellt, zu kritischen Diskussionen geführt. Inzwischen legt sich der "Pulverdampf". Etliche Hochschulen haben eine Menge ganz ausgezeichneter, sowohl gleicher als auch abgewandelter Vorschläge in ihren Gremien diskutiert. Eine Hochschule wird sogar in 32 Fächern diese Befragung laufen lassen. Ich bin auf die Ergebnisse gespannt. Ich glaube, in einem Jahr wird man sehr viel offener und unbefangener darüber diskutieren können.

Aber ich meine, es ist an der Zeit, hier einmal unkonventionelle Wege zu gehen, zumal solche Wege im Ausland längst gegangen werden. Ich denke, daß wir das auch unseren Studentinnen und Studenten schuld sind, diese Dinge, die seit langem gefordert worden sind, nicht immer nur zu fordern, sondern auch in Angriff zu nehmen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Ausbau der Fachhochschulen, die ja zu Recht nachgefragt sind und bei

(A) (Ministerin Brunn)

denen im kommenden Jahr fast alle Studiengänge zulassungsbeschränkt sind. Es gibt keinen Zweifel, daß hier der Ausbau vorrangig ansetzen muß. Aus diesem Grunde freue ich mich, daß in dem Etat die Baumaßnahmen, die wir eingeleitet haben, zu einem größeren Teil mit Bauraten versehen sind.

Das richtige Signal ist die Tatsache, daß jetzt das Philips-Gebäude in Aachen angekauft werden konnte, so daß wir an einer Stelle relativ kurz nach Anlaufen des zusätzlichen Ausbauprogramms eine komplette neue Unterbringung für eine Fachhochschule haben werden. Die weiteren Schritte werden mit Sicherheit dann sichtbar werden, wenn die Bauten zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, die Personalausstattung der Fachhochschulen wird ebenfalls verstärkt, und zwar aus dem Hochschulsonderprogramm 2.

Wir können auch neue Studiengänge einrichten. Ich nenne beispielsweise: Einen zusätzlichen Studiengang in Gelsenkirchen haben wir bereits personell abgesichert. Was noch nicht abgesichert ist, ist die von vielen geforderte - im Plenum gibt es dazu in den nächsten Tagen auch eine Diskussion - Verselbständigung eines Standorts in Gelsenkirchen bzw. die Einrichtung eines zusätzlichen Standorts in Bocholt. Das wird nur gehen, wenn in den nächsten Jahren deutliche weitere Personal- und Sachmittel in den Fachhochschulbereich hineinkommen.

(B)

(Zuruf der Abgeordneten Woldering [CDU])

Meine Damen und Herren! Was mir Sorge macht, ist die Bauunterhaltung. Sie wird zwar im kommenden Jahr wesentlich mehr Mittel zur Verfügung haben als in diesem Jahr; aber wir haben dennoch kaum mehr als das Nötigste, in vielen Bereichen nicht einmal das. Hier wird ab 1993 darum zu bitten sein, daß insbesondere im Medizinbereich, aber auch in vielen anderen Bereichen, in denen wir eine alte Gebäudesubstanz haben, die Bauerneuerung verstärkt in das Zentrum aller Baumaßnahmen gelangt.

Ich meine allerdings, daß auch noch Möglichkeiten bestehen, das Bauverfahren zu beschleunigen. Wir denken darüber nach, wie man das Bauverfahren so verbessern kann, daß es erstens schneller und zwei-

(C)

tens wirtschaftlicher wird, was wir im öffentlichen Bereich für die Hochschulen bauen.

Meine Damen und Herren, ich bin kritisiert worden dafür, daß die Stundenvergütungen für Lehraufträge nicht angepaßt worden sind. Tatsächlich war dies mangels Mitteln in diesem Jahr nicht durchzusetzen. Aber ich halte es für richtig, daß die Kritik aufgenommen wird; denn es ist nicht einzusehen, daß Leute, die Lehraufträge wahrnehmen, an Gehaltserhöhungen nicht teilnehmen, an denen aber diejenigen teilnehmen, die höhere und kontinuierliche Gehaltseinkünfte haben, etwa die Beamten und Angestellten, aber auch wir Abgeordnete und alle diejenigen, die irgendwo auf Stellen sitzen. Das kann so nicht bleiben. Insofern ist die Kritik berechtigt.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Dann ändern Sie das doch!)

- Ich habe ja gerade gesagt, daß ich es nicht geregelt habe, weil die Mittel nicht zur Verfügung stehen.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Warum denn nicht? Sie sind doch Ministerin! - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wo ist denn der Finanzminister? - Abgeordnete Woldering [CDU]: Wofür sind Sie eigentlich da?)

(D)

- Ich habe den Eindruck, daß Sie Selbstkritik nicht vertragen, was ich reichlich merkwürdig finde. Aber das ist Ihr Problem.

(Zurufe der Abgeordneten Hardt [CDU] und Dr. Vesper [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, es ist auch die Stellenbesetzungssperre kritisiert worden. Sie belastet den Hochschulbereich wegen der hohen Fluktuation in der Tat ganz besonders. Allerdings konnte erreicht werden, daß die Stellenbesetzungssperre für all die Studiengänge, die zu über 100 % ausgelastet sind, nicht gilt.

Vizepräsident Schmidt: Frau Ministerin!

(A)

Ministerin für Wissenschaft und Forschung Brunn:
Ich komme zum Schluß.

Meine Hauptsorge ist trotz der verstärkten Mittel, die wir insbesondere für die Solarforschung haben, der Bereich der Forschung insgesamt, weil wir durch den hohen Anteil der Bundesmittel, die gekürzt sind, im kommenden Jahr weniger Geld haben werden. Ich bitte den Landtag erneut darum - wie es mit der Initiative, die wir im Sommer dieses Jahres mit einem einstimmigen Beschluß unternommen haben, erreicht werden konnte -, mit mir gegenüber dem Bund vorstellig zu werden, daß die Kürzungen spätestens 1993 rückgängig gemacht werden. Denn sonst wird es im Bereich der Forschung sehr, sehr düster aussehen. Da ist das, was wir in den Hochschulen beklagen, minimal im Vergleich zu den Sorgen, die wir im Bereich der Forschung haben. - Herzlichen Dank für Ihre Geduld!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Frau Ministerin Brunn.

(B)

Meine Damen und Herren, bevor ich das Wort weiter erteile, möchte ich Sie darauf hinweisen, daß wir nicht nur keine Zeit eingespart haben, sondern daß wir hinterherhinken. Wenn heute unsere Redezeiten ausgereizt werden, dann sind wir mindestens noch sechs Stunden weiter, wenn es nicht noch erheblich später wird. Vielleicht kann man das mit berücksichtigen und in ein Gespräch der Parlamentarischen Geschäftsführer einbeziehen.

Ich darf das Wort dem Kollegen Kuhmichel von der CDU-Fraktion erteilen.

Abgeordneter Kuhmichel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin Brunn, ich hoffe, Sie haben noch etwas Zeit zu bleiben. Sie beackern einen steinigen Boden. Ich will hoffen, daß Sie bei den Beratungen im Kabinett nicht immer über lange Zeit so alleine dasitzen und kämpfen müssen, wie das über die letzte Stunde hinweg der Fall war.

(Beifall bei der CDU)

(C)

Inzwischen haben Sie ein wenig Unterstützung von Ministerkollegen bekommen. Aber gehen Sie einmal davon aus: Die Opposition wird Ihnen nach Kräften helfen - wir sind ja Kavaliers -, wenn Sie sich denn auch helfen lassen.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Sie sind doch hilflos!)

Meine Damen und Herren, die Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen ist eine schier unendliche Geschichte. Wir wiederholen uns tatsächlich in vielen Punkten.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Hören Sie auf!)

Es ist auch wegen der langjährigen Handlungsversäumnisse der Regierenden eine unendliche Geschichte, die in der Tat mehr und mehr - das war auch Gegenstand der Diskussion in der letzten Aktuellen Stunde - zu einer Art Ritual gefriert.

Frau Ministerin, genau dies haben Sie uns in der Diskussion über unseren Antrag am 13. November vorgeworfen. Ich habe mich dann zu Hause einmal hingesezt - wissend, was "Ritual" in etwa bedeutet - und nachgeschlagen, wie das lexikalisch definiert wird, was Sie gesagt haben. Ich konnte dort zum Thema "Ritual" lesen:

(D)

In der allgemeinen Religionsgeschichte ist unter Ritual die Gesamtheit der Riten zu verstehen, welche unter sichtbaren Zeichen unsichtbare Heilsgüter vermitteln sollen.

Beim Transfer dieser religionsgeschichtlichen Deutung auf die aktuelle Situation der Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen gerät diese Kritik an der Opposition allerdings zum Bumerang, Frau Ministerin.

Denn die von der Opposition auftragsgemäß immer wieder sichtbar eingeforderte Vermittlung der in Nordrhein-Westfalen unsichtbaren hochschulpolitischen Heilsgüter, von Ihnen als Ritual abqualifiziert, fände ja ihr sofortiges Ende, wenn es den mit der Heilsbringung Beauftragten in unserem Lande gelänge, eben diesen Heilsgütern zur Sichtbarkeit zu verhelfen.

(A) (Kuhmichel [CDU])

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich gestehe ein, das war etwas anspruchsvoll, aber das muß auch einmal sein.

Ganz abgesehen von diesem Wortspiel fehlt es in der Tat in diesem Lande seit vielen Jahren in den zukunftsträchtigsten und wichtigsten Kernbereichen der Landespolitik an sichtbaren Fortschritten und Erfolgen. Reden und Handeln - oft hier gesagt - klaffen weit auseinander. Dies ist auch kein leichtfertiges Fazit ewig nörgelnder Oppositioneller, sondern, wie Sie wissen, Frau Ministerin, das amtlich verbriefte Zeugnis hochbezahlter unabhängiger Gutachter, kompetenter Bildungsplaner - die gibt es auch -, erfahrener Hochschulrektoren und auch der einschlägigen Medienlandschaft.

Eilige Programme können Perspektiven nicht oder nur unzureichend ersetzen. Die Zeiten der Gesundheitsbeterei durch beifallheischende Regierungserklärungen, das Kurieren an Symptomen und durch Ankündigungen sind vorbei.

Wenn Sie eben hier in Ihrem Statement eingeworfen haben, Frau Ministerin, Sie könnten sich auf Aachen berufen, dann seien Sie doch froh um diesen glücklichen Zufall, daß eine Firma Ihnen freie Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, und nehmen Sie das nicht als ein Feigenblatt für ein wirklich erfolgreiche Bildungs- und Hochschulpolitik in unserem Lande!

Meine Damen und Herren, in einer Zeit, in der aus unseren Hochschulen als den zu Stein gewordenen Früchten der Bildungsreform "Orte der gehobenen Verwahrlosung" zu werden drohen - ich zitiere aus einem eben schon einmal angesprochenen Artikel des "Spiegel" -, sind alle, die es mit der Zukunft von Millionen junger Menschen in unserem Lande nur einigermaßen ernst meinen, aufgerufen - das meine ich wirklich sehr ernst -, ohne parteipolitische und ideologische Scheuklappen über neue Weichenstellungen nachzudenken, zu beraten und letztendlich - und das ist wohl das Wichtigste an der Sache - auch zu entscheiden.

Dabei gehören auch und gerade alle bildungs- und hochschulpolitischen Reizthemen auf den Tisch: Stärkung der Hochschulautonomie; Entfrachtung von

(C)

Studiengängen; Entrümpelung von Studien- und Prüfungsordnungen; größere Durchlässigkeit von Fachhochschulen und Universitäten; die Zugangs- und Eingangsproblematik muß diskutiert werden; Möglichkeiten zur Verkürzung von Schul- und Studienzeiten dürfen nicht ausgeklammert werden, wenn wir uns darüber unterhalten; verstärkter Hochschulausbau, insbesondere bei den Fachhochschulen; und Fragen des Stellenwerts von Lehre und Forschung sind ebenfalls in den Blick zu nehmen.

Oberstes Ziel allerdings muß es sein, festgefahrene und untaugliche Strukturen im Anblick rasanter Bildungsentwicklungen und -perspektiven im zusammenwachsenden Deutschland und selbstverständlich auch in Europa aufzubrechen. Dabei muß die Erstausbildung im Mittelpunkt stehen und endlich als das Stellwerk für die Berufs- und Lebenschancen einer ganzen Generation begriffen werden.

(Beifall bei der CDU)

Es muß dabei auch erlaubt sein, meine Damen und Herren, öffentlich über den Wert eines akademischen Examens nachzudenken angesichts der Massen, die sich heute durch unsere Hochschulen drängen.

(Zuruf von der SPD: Alles schon gehört!)

(D)

Liegt es nicht geradezu in unserer bildungspolitischen Verantwortung, die große Zahl derer zu mindern, die nur mit dem Etikettenschwindel - es gibt diese Zahl - eines vielerorts zu leicht gemachten Abiturs an die Hochschulen gelangen und sich dann von Prüfung zu Prüfung schleppen, bis sie nach zahlreichen Semestern gleichwohl aufgeben müssen?

Ist es nicht geradezu skandalös,

(Abgeordneter Memizka [SPD]: Nein, es ist nicht skandalös!)

daß der viel zitierte Öffnungsbeschuß aus dem Jahre 1977 neben der unheilvollen NC-Entwicklung auch dadurch karikiert wird, daß von Haus aus gut betuchte Studierende sich begehrte Studienplätze gegen Bares teuer erkaufen?

(A) (Kuhmichel [CDU])

Meine Damen und Herren, es wäre sicherlich zu diesem Thema auch heute noch viel zu sagen, aber die vorgegebene Zeit verbietet es.

Die kritischen Kommentare und Appelle, kreuz und quer durch unsere Presselandschaft, sind Legion und unisono.

Ich will mit einem Kommentar abschließen, der mir in weiten Passagen besonders gut gefallen hat. Es handelt sich um einen Kommentar aus der "Rheinischen Post" vom 07.11.1991 mit der Überschrift "Hochschulen: Das Kapitel muß neu gelesen werden" - eine Überschrift, ebenso griffig wie zutreffend. Dieser Kommentar schließt - ich darf zitieren -:

Für die bloße Wahrnehmung ist es staunenswert, die Friedfertigkeit der Studenten zu registrieren. Die Bedingungen, unter denen heute so etwas wie geistige Konzentration in Aktion treten soll, sind nicht nur nicht schön, nein, sie können krank machen. Jetzt ist wieder eine Phase erreicht, in der Professoren und Studenten gleichermaßen aufbegehren. Es ist an an der Zeit, nicht mehr zu flicken, sondern ein umfassendes Konzept zu erarbeiten. Das Kapitel Bildungspolitik muß neu aufgeschlagen werden, denn es ist keines unter anderen, sondern es handelt vom zentralen Nervensystem eines Volkes.

(B)

Der Kommentator hat recht. - Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Schultheis.

Abgeordneter Schultheis (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Beitrag des Herrn Kollegen Kuhmichel

(Abgeordneter Dr. Posdorf [CDU]: War gut!)

ist ein sehr beeindruckendes Beispiel dafür, daß man mit Pseudophilosophieren in der Sache nicht weiter-

(C)

kommt. Wenn Sie sich Ihren Redebeitrag später im Protokoll zu Gemüte führen, werden Sie feststellen, Herr Kuhmichel, daß Sie zur Hochschulproblematik in diesem Lande nicht besonders viel ausgesagt haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Da gefiel mir schon wesentlich besser, was der Kollege Schultz-Tornau hier vorgetragen hat, und ich stimme mit ihm in der Einschätzung überein, daß es hier nicht darum geht, Scherze zu machen. Wir haben es in der Tat im Bereich der Hochschulpolitik mit einer ernstesten Situation zu tun, die es zu bewältigen gilt, und damit, Strategien zu entwickeln und Maßnahmen vorzuschlagen, wie man - und zwar möglichst schnell - zu Lösungen kommt. Mir hat auch gefallen, daß Sie vorgetragen haben, daß dies nicht nur ein Problem des Landes Nordrhein-Westfalens ist. Das ist eine wichtige Erkenntnis, die dem Herrn Kollegen Prof. Posdorf abgeht.

Ich hatte bei ihm den Eindruck, daß er diese Diskussion schon eher als Scherz auffaßt. Vielleicht hat das auch der Versprecher zu Beginn Ihrer Rede, als Sie statt "Semester" hier "Silvester" gesagt haben, zum Ausdruck gebracht.

(D)

Der vielgenannte und hier auch zitierte "Spiegel"-Artikel hat ja auch ein paar Seiten, die ihm vorausgehen. Da ist, was die Finanzierung angeht, einer der Knackpunkte auf Seite 28 nachzulesen. Das ist der Artikel, der demjenigen, in dem es um das Vakuum bei der CDU geht, vorangeht. Dort wird genau aufgezeichnet, wie durch die Entwicklung im Bereich des Steuerrechts den Bundesländern 85 Milliarden DM verlorengegangen sind - 85 Milliarden DM von 1982 bis 1992 weg, nicht zugunsten der Länder. Die Kommunen haben auch schwer unter diesen Lasten zu tragen. Allein der Bund profitiert.

Dies ist einer der Kernpunkte der Misere: daß die Bundesländer nicht mehr in der Lage sind, entsprechend draufzulegen, obwohl - die Ministerin hat das gesagt - unser Wissenschaftshaushalt mit einer überproportionalen Steigerungsrate von 5,6 % erste Priorität im Gesamthaushalt hatte. Dies gilt es festzuhalten. Das heißt nicht, daß dies auch unserer Sicht ausreichend ist.

(A) (Schultheis [SPD])

Was mich beunruhigt hat, Herr Kollege Schultz-Tornau, ist, daß Sie damit die föderale Struktur unseres Bildungssystems und auch des Hochschulsystems in Frage stellen wollen.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Das habe ich nicht. Ich habe auf die Gefahr hingewiesen!)

- Wenn Sie dies nicht gemeint haben, begrüße ich das. Denn dies wäre nicht die Lösung der Probleme. Ich glaube, daß gerade die föderale Struktur dazu geführt hat, daß wir im Bereich des Hochschulausbaus in den vergangenen Jahrzehnten Wesentliches geleistet haben, insbesondere das Land Nordrhein-Westfalen, das ja von einem Studentenexportland zu einem Studentenimportland geworden ist - im Gegensatz zu Baden-Württemberg, wo wir eine gegenläufige Entwicklung zu verzeichnen haben.

Dies gilt es also festzuhalten. Es ist eine Frage der Finanzierung, und wir haben manchem Ihrer Anträge im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung nicht zustimmen können, weil keine finanziellen Mittel dafür zur Verfügung standen, weil wir dies auch in unseren Gesamthaushalt einbetten müssen.

(B) Zu den vorrangigen Forderungen, die wir als SPD-Landtagsfraktion auch an die von uns getragene Landesregierung stellen wollen, gehört der Ausbau der Fachhochschulen. Es ist gelungen, das Ausbauprogramm mit 6 200 Plätzen im 20. und 21. Rahmenplan zu verankern. Das heißt natürlich nicht - das wissen wir -, daß diese Maßnahmen auch bereits im Haushalt dieses Landes stehen. Wir erwarten von unserer Landesregierung, daß diese erste Marge von 6 200 Plätzen vom kommenden Jahr an entsprechend im Etat verankert wird, und zwar so, daß eine zeitnahe Realisierung möglich ist.

Darin stimme ich dem Kollegen Vesper zu: Wir brauchen Lösungen, die schnellstmöglich greifen, nicht solche Maßnahmen, die dann vielleicht in zehn Jahren zu einem Ergebnis führen, wenn die Studentenzahlen möglicherweise auch zurückgegangen sind. Also: schnelle Lösungen, praktikable Lösungen wie Philips oder bei dem Erwerb von Bundesliegenschaften bei dem jetzigen Abbau oder Rückbau der Bun-

deswehr. Das ist eine Erwartung an unsere Landesregierung, dem Priorität einzuräumen.

In den Universitäten geht es darum - auch eine Erwartung an unsere Landesregierung; wir müssen sie ja selbst formulieren, weil die CDU-Opposition das nicht tut -, Nadelöhrsituationen zu beseitigen: im Bereich der Laborplätze selbstverständlich, im Bereich der Bibliotheken, bei den Öffnungszeiten der Bibliotheken. Da geht es um Hausmeister, um Bibliothekarstellen. Es geht darum, daß die Einrichtungen, die wir haben, besser genutzt werden können, um die Studentenzahlen zu bewältigen. Dies ist erste Priorität. Hier sollten auch solche Maßnahmen im universitären Bereich neben dem Ausbau der Fachhochschulen erste Priorität genießen.

Zur Stellenbesetzungssperre! Aus der Sicht des Wissenschaftspolitikers muß ich sagen: Die Stellenbesetzungssperre erdulden wir.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Warum denn?)

- Vor dem Hintergrund unserer Finanzsituation! Ich habe eingangs dazu etwas gesagt, Michael Vesper: weil anders eine Finanzierung dessen, was wir ja nicht nur im Wissenschaftshaushalt, sondern in allen Teilhaushalten erledigen müssen, nicht möglich wäre. Das heißt nicht, daß wir nicht weiterhin eine Politik betreiben werden, diese Stellenbesetzungssperre für den Wissenschaftshaushalt möglichst auf das tatsächlich Erträgliche zurückzuführen. Es ist einfach eine schwierige Situation.

Aber es kommt ein Aspekt hinzu, der hier noch nicht diskutiert worden ist, nämlich daß das bestehende Stellenpotential in den Hochschulen auch tatsächlich genutzt wird. Man muß einmal überprüfen, wie lange Berufungsverfahren laufen, und zwar - und das hat nicht die Landesregierung und haben auch wir als Parlament nicht zu vertreten - weit über das Maß hinaus. In den Fachhochschulen sind Hunderte von Stellen unbesetzt, nicht nur deswegen - einen Punkt habe ich dazu genannt -, weil es hinausgezögert wird, sondern auch deshalb, weil entsprechend qualifiziertes Personal fehlt, um diese Stellen überhaupt zu besetzen. Also: Die Globalforderung "mehr Stellen" allein

(C)**(D)**

(A) (Schultheis [SPD])

reicht nicht aus. Es geht auch darum, hier die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, die zur Besetzung notwendig sind.

Eine weitere Erwartung an die Landesregierung: Wo ein großer Bedarf in den kommenden Jahren entstehen wird, das ist - so nenne ich das einmal - bei den Ersatzberufungen. In den 70er Jahren und zu Beginn der 80er Jahre sind viele neue Lehrstühle und Professorenstellen eingerichtet worden. Wir sind jetzt in einer Situation, daß in den kommenden Jahren viele dieser Professorinnen und Professoren ausscheiden werden. Mit jedem Ausscheiden kommt in der Regel eine teure Neuberufung zustande: in der Apparateausstattung, in der Raumausstattung, aber auch beim Personal. Dies ist sicherlich den Hochschulen allein aus den Mitteln, die ihnen dafür zur Verfügung stehen, nicht möglich. Auch hier formulieren wir Erwartungen an unsere Landesregierung.

Zu den Studentenwerken! Die Studentenwerke müssen mit der gestiegenen Zahl von Studentinnen und Studenten fertig werden.

Präsidentin Friebe: Herr Kollege, darf ich Sie bitten, zum Schluß zu kommen. Ihre Redezeit ist zu Ende.

(B)

Abgeordneter Schultheis (SPD): Jawohl, Frau Präsidentin. Ich werde mich bemühen, in zwei oder drei Sätzen zum Schluß zu kommen.

Zu den Studentenwerken ist zu sagen, daß es selbstverständlich ist, daß eine größere Zahl auch dort zu Mehrbedarf führt. In diesem Haushalt werden dort 99 zusätzliche Stellen bereitgestellt, und auch der Zuschuß wird erhöht.

Wir erwarten allerdings, daß durch die Novellierung des Studentenwerksgesetzes hier eine größere Flexibilität eintreten und damit die Leistungsstärke unserer Studentenwerke verbessert wird.

Ich komme damit zum Schluß, meine Damen und Herren. Wir sind uns des Ernstes der Lage sehr bewußt. Nur, dieses Bewußtsein muß dazu führen, daß man konkrete Vorschläge erarbeitet und hier nicht, wie Herr Professor Posdorf, ein Feuerwerk

(C)

abbrennt. Das blitzt dann kurz auf; aber danach ist es wieder schwarz wie die Nacht. Und dies ist keine politische Perspektive für unsere Hochschulen. Ich will noch hinzufügen: Ein Brillantfeuerwerk war es ohnehin nicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank! - Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich Frau Abgeordneter Hürten das Wort.

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die Debatte um den Einzelplan 06 will ich zumindest kurz dazu nutzen, die Aufmerksamkeit auf die Situation von Frauen an den Hochschulen zu lenken.

(Oh-Rufe bei SPD und CDU)

- Ja, ja, ich weiß, Sie stöhnen. Aber das ist nun einmal so mit der Querschnittspolitik, daß man dann nämlich auch in den einzelnen Fachbereichen Frauenproblematik thematisieren muß. Also: Spot on!

Wie Sie vielleicht wissen, haben wir unseren Entwurf für ein Landesantidiskriminierungsgesetz im Oktober Fachfrauen zur Anhörung vorgelegt. Im Gegensatz zur F.D.P. sind wir ja nicht dafür, das Frauenförderungsgesetz einfach fallenzulassen. Wir wollen es vielmehr durch ein besseres, durch ein wirksames Gesetz ersetzen.

Um die Situation von Frauen im öffentlichen Dienst einschließlich Hochschulen und Universitäten dieses Landes dabei zu bewerten, haben wir eifrig recherchiert. Das Ergebnis war erschreckend.

Auch uns war vorher bekannt, daß die Professorinnen an den Universitäten dieses Landes einen Anteil von unter 5 % haben. Genaues Hinsehen aber belegt, daß das kein Zufall ist. Die Weichen für diesen unglaublich geringen Anteil werden schon ganz unten, bei den studentischen Hilfskräften und unter anderem bei den wissenschaftlichen Assistentinnen gestellt. Bereits dort werden Frauen an den Rand gedrängt, wie die Zahlen des Landesamtes für Statistik belegen.

(D)

(A) (Hürten [GRÜNE])

Nehmen wir zum Beispiel die Technische Hochschule Aachen! Von 3 352 Vollzeitangestellten-Arbeitsplätzen haben 1990 Frauen ganze 1 008 inne; von den Teilzeitstellen mit 50 % und mehr der üblichen Wochenarbeitszeit haben Frauen von 728 391 inne, und bei den Stellen mit einem geringeren Anteil als 50 % der üblichen Wochenarbeitszeit nehmen Frauen von 3 794 Stellen ganze 756 ein; das sind also rund 20 %.

Mit mehr oder weniger großen Abweichungen finden wir an den anderen Hochschulen und Universitäten des Landes ähnliche Verhältnisse. Sie veranlaßten mich, die Kleine Anfrage "Männerbündelei an Hochschulen und Universitäten des Landes Nordrhein-Westfalen" einzureichen.

(Zuruf von der SPD: Was ist das denn?)

Die kompletten Zahlen lassen sich dort nachlesen. Für die mit diesen Zahlen belegte Diskriminierung von Frauen an Hochschulen gibt es überhaupt keine andere Begründung als die, daß der heimliche Männerförderungsplan bestens funktioniert. Um die Quote für Frauen wird gestritten; die Männer haben ihre eigene, wenden sie klammheimlich, aber wirkungsvoll an.

(B) Ich habe Zahlen für 1989 aus dieser Kleinen Anfrage bewußt herausgelassen, weil ich sie selber nicht glauben konnte. Ich habe mehrfach mit dem Landesamt für Statistik telefoniert. Es waren bei den studentischen Hilfskräften Stellen für Frauen im Promillebereich angegeben, und ich bin hinterher zu der Auffassung gelangt, daß anscheinend bis zum Jahre 1989 an den Hochschulen sich noch nicht einmal jemand die Mühe gemacht hat, zu differenzieren. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß es tatsächlich so schlimm war. Diese Zahlen habe ich also weggelassen.

Hinsichtlich der Teilzeitstellen müssen wir wissen, daß bei denjenigen mit einer über 50 % der üblichen Wochenarbeitszeit liegenden Arbeitszeit auch die Verwaltungsangestellten erfaßt sind. Auf sie entfallen rund drei Viertel der Teilzeitstellen, hier natürlich über 95 % Frauen.

Berücksichtigen wir das, dann werden wir schnell feststellen, daß die wissenschaftlichen Stellen wieder-

um an die Männer fallen, schätzungsweise zu 70 bis 80 %.

Bei den Vollzeitbeschäftigten ist es ähnlich. Die vollzeitbeschäftigten weiblichen Angestellten arbeiten in der Verwaltung, die Männer in der Wissenschaft. Hierzu gibt der Bericht des Landesamts für Statistik leider keine weiteren Auskünfte. Um dazu genaue Informationen zu erhalten, richtete ich die erwähnte Kleine Anfrage an die Landesregierung. Ich hoffe, die Antwort wird ausführlich und aufschlußreich sein.

(Abgeordneter Hovest [SPD]: Wie immer!)

- Wie immer! Ja, genau! Ich bewundere auch, wie Sie stets so auf Frauenthemen reagieren. Das ist wirklich anerkennenswert.

(Zurufe und Heiterkeit)

Schließlich ist es wichtig zu wissen, wie genau das Verhältnis von Männern zu Frauen in wissenschaftlichen Stellen im Vergleich zum Verwaltungsbereich ist.

Darüber hinaus wollen wir natürlich wissen, warum das Frauenfördergesetz im Hochschulbereich anscheinend nicht funktioniert. Die von uns zur Anhörung geladene Frauenbeauftragte hatte dafür eine einfache Erklärung parat: Die Stellen insbesondere für studentische Hilfskräfte werden vielfach unter der Hand vergeben. Dabei ist bekannt, daß diese Hilfskraftstellen in vielen Fächern ein Karrieresprungbrett für den wissenschaftlichen Nachwuchs darstellen. Darüber hinaus sind sie natürlich ein wichtiger Faktor in bezug auf die Finanzierung des Studiums.

Nun war es interessant, aber auch regelrecht deprimierend zu hören, welche Kompetenz, welchen Stellenwert und welche Mittel den vielgelobten Frauenbeauftragten an den Hochschulen zur Verfügung stehen.

Erstes Problem: Wir finden an den Hochschulen vier Statusgruppen, nämlich Professorinnen, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen, nichtwissenschaftliche Mitarbeiterinnen und studentische Hilfskräfte. Das sind vier Gruppen mit unterschiedlichen Interessen und Problemen. Für jeden dieser Bereiche muß es eigent-

(C)**(D)**

(A) (Hürten [GRÜNE])

lich Frauenbeauftragte mit entsprechender Ausstattung und Finanzkraft geben.

Die tatsächliche Situation sieht dagegen so aus - und das ist das zweite Problem -: Frauenbeauftragte vor allem aus dem studentischen Bereich arbeiten oft ehrenamtlich. Ihre finanzielle Situation verschlechtert sich durch dieses Ehrenamt erheblich. Die Folge: Studentische Hochschulbeauftragte werden immer seltener.

Drittes Problem: Die finanzielle Ausstattung der Frauenbeauftragten spottet oft jeder Beschreibung. Irgendwo wird für sie ein Büro gefunden. Ein paar Möbel und ein Telefon lassen sich dann auch noch auftreiben. Dann kann die Betreffende zunächst einmal überlegen, wozu sie überhaupt da ist und was sie eigentlich so tun soll und will. Sachkundig kann sie sich ja durch einen Bibliotheksbesuch machen. So lassen sich dann Mittel für Sachverständige, Gutachten, Beratung und Material einsparen.

Aus Sicht der Hochschulen - das will ich hier betonen - ist das nicht weiter verwunderlich. Meine Vorredner - auch mein Kollege Vesper - haben nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, wie miserabel die finanzielle Situation der Hochschulen ist. So ist es kein Wunder, daß sie ausweichen und sparen, wenn sie eine zusätzliche Aufgabe ohne zusätzliche Mittel bekommen.

(B)

Meine Damen und Herren: So geht es nicht! - Wer Frauenförderung an Hochschulen nicht zum Lippenbekenntnis werden lassen will, muß die Frauenbeauftragten stärken. Wir haben deshalb für diesen Haushalt beantragt, die Mittel zur Förderung der Tätigkeit der Frauenbeauftragten an den Hochschulen auf 3 Millionen DM zu erhöhen.

In den nächsten Jahren müssen dieser Betrag und die Mittel für Frauenforschung weiter gesteigert werden. Über die Absicherung der Frauenbeauftragten und ihre Rechte werden wir nächstes Jahr diskutieren, wenn wir unser Landesantidiskriminierungsgesetz eingebracht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C)

Präsidentin Friebe: Ich erteile das Wort Herrn Dr. Vesper für die Fraktion DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, aber ich muß noch kurz zwei Gedanken hinzufügen:

Erstens. Ich glaube, die Debatte hat gezeigt, daß auch für das Wissenschaftsministerium einmal eine intensive Durchleuchtung durch Fachleute dringend erforderlich wäre, und zwar durch Fachleute, die nicht zum Ministerium gehören.

Einem solchen Gutachten dürfen aber nicht nur betriebswirtschaftliche und organisationswissenschaftliche Kriterien zugrunde gelegt werden, sondern man müßte intensiv nachfragen, wie die Mängel, die in dieser Debatte von allen vier Fraktionen geäußert wurden, nachhaltig beseitigt und ob die vorhandenen knappen Mittel durch mehr Autonomie effektiver eingesetzt werden können.

Ich würde allerdings empfehlen, dieses Gutachten nicht bei dem Unternehmen in Auftrag zu geben, das schon mit der Schuluntersuchung das große Los gezogen hat. Seien wir doch ehrlich, meine Damen und Herren: Eine solche Schleichwerbung, wie die häufige Nennung des Namens dieses Unternehmens hier im Hause und in den Medien bedeutete, kann sich kein Unternehmen besser wünschen.

(D)

(Minister Schwier: Da hat die Opposition aber geholfen!)

- Ja, aber Sie auch, Herr Minister.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Wie heißt das Gutachten denn?)

- Das sage ich Ihnen nicht, Herr Tschoeltsch!

Ich denke, an den Hochschulen selbst gibt es genügend wissenschaftliche Kompetenz, um das System qualifiziert zu durchleuten, ohne den eigentlichen Auftrag der Hochschulen, nämlich Lehre und Forschung, aus den Augen zu verlieren.

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

Eine solche Untersuchung wäre auch billiger. Ich wäre gern bereit, daran mitzuwirken und zu helfen, ein solches Team zusammenstellen. Die Landesregierung sollte sich wirklich überlegen, ob eine solche Untersuchung nicht sinnvoll wäre.

Zweitens. Ich möchte noch einmal auf die Stellenbesetzungssperre zu sprechen kommen: Meine Damen und Herren, mit unserem Antrag geht es uns um nicht mehr und nicht weniger - das will ich Ihnen noch einmal ganz deutlich sagen - als die Gleichbehandlung des Etats des Wissenschaftsministeriums mit denen der anderen Ressorts.

Eine normale Stelle in einem normalen Ressort wird im statistischen Durchschnitt alle 25 Jahre frei, ist also alle 25 Jahre für neun Monate gesperrt. Eine Befristungsstelle im Wissenschaftsministerium ist dagegen im gleichen Zeitraum aufgrund des gewollten häufigen Personalwechsels auf dieser Stelle insgesamt siebeneinhalb Jahre gesperrt. Oder umgekehrt gesagt: In einem normalen Etat ist nur jede dreißigste Stelle von der Besetzungssperre betroffen. Im Wissenschaftsministerium ist es jede dritte Stelle. Die Ausnahmen, die beschlossen wurden, verändern dieses Verhältnis nur auf jede fünfte Stelle.

(B) Die Wissenschaftsministerin hat eben selbst gesagt, diese Stellenbesetzungssperre belaste den Etat 06 ganz besonders. Das stimmt in der Tat. Wir wollen Ihnen, Frau Ministerin Brunn, helfen; denn wir meinen, es geht nicht an, daß eine solche Stellenbesetzungssperre nach rein finanzpolitischen Kriterien durchgesetzt wird.

Ich sage es ganz offen: Diese Frage wäre einer namentlichen Abstimmung wert gewesen. Das ist nämlich ein hochsensibler Bereich an den Hochschulen. Nur in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit und weil wir hier nicht einmal wie im Bundestag über Kärtchen verfügen, mit denen wir eine namentliche Abstimmung in wenigen Minuten erledigen könnten, verzichten wir auf einen solchen Antrag auf namentliche Abstimmung.

Ich denke aber, wir müßten uns im Ältestenrat auch einmal darüber unterhalten, wie man diesen zeitlichen Druck von Anträgen auf namentliche Abstimmung

herunternehmen kann, weil das nämlich antiparlamentarisch ist.

(Zustimmung der Abgeordneten Hüls [CDU])

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, unseren drei Änderungsanträgen zum Einzelplan 06 zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Für die Landesregierung erteile ich das Wort der Wissenschaftsministerin, Frau Brunn.

Ministerin für Wissenschaft und Forschung Brunn: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da ich die Redezeit vorhin überzogen habe, mache ich jetzt nur noch ganz kurz davon Gebrauch.

Herr Kollege Vesper, Sie haben Recht, wenn Sie sagen, daß die Stellenbesetzungssperre den Wissenschaftsetat und die Hochschulen in besonderer Weise belastet, weil wir wegen der hohen Fluktuation die Stellenbesetzungssperre als ein sinnwidriges Eingreifen in die notwendigen Stellenwechsel empfinden.

Dennoch sind wir durch eine Reihe von Ausnahmen davor geschützt, daß sich das zu sehr ausweitet. Es gibt momentan nur eine Begründung für die Stellenbesetzungssperre, die aber nicht aus dem sachlichen, sondern aus dem fiskalischen Bereich stammt. Ansonsten sind wir froh, dieses Instrument - sofern sich die Finanzlage bessern sollte - so bald wie möglich loszuwerden.

Ich habe mich aber insbesondere gemeldet, weil Sie ein Unternehmensgutachten für den Wissenschaftsbereich gefordert haben. Ich halte es nicht für sinnvoll, all denjenigen, die uns als externe Gutachter sachgerecht zur Verfügung stehen, durch weitere Gutachten die Arbeit noch zu erschweren.

Wir haben zum Beispiel unser "Aktionsprogramm Qualität der Lehre" mit Professoren, mit Studenten und unseren Mitarbeitern ausgearbeitet. Wir erarbeiten einen Vorschlag für die Verbesserung der Studentenwerke mit Geschäftsführern der Studentenwerke,

(C)

(D)

(A) (Ministerin Brunn)

mit Studentinnen und Studenten, und wir werden das, was wir erarbeitet haben, zusätzlich noch mit externen Gutachten abstützen.

Das heißt: Wir sprechen uns nicht gegen Gutachten aus, jedoch nützen uns pauschale Untersuchungsaufträge, die uns in unserem Bereich, in dem wir praktisch bereits sehr viel externen Rat einbeziehen, überhaupt nichts. Zum Beispiel haben wir gerade jetzt die Hochschulen gebeten, sich zusammenzutun und selber Vorschläge für eine Prüfungsgemeinschaft der Hochschulen zu entwickeln. Auch diesen Rat werden wir aufnehmen.

An pauschalen Gutachten haben wir aber keinen Bedarf, denn bei uns ist das System der Stellenzuweisung und Stellenbewirtschaftung anders als an den Schulen. Wir halten es angesichts der Überlastung der Hochschulen nicht für sinnvoll, sie durch Pauschalitäten, deren Sinnhaftigkeit für uns nicht zu erkennen ist, zu verunsichern. Ich bitte Sie herzlich, solche Anträge nicht zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

(B) **Präsidentin Friebe:** Vielen Dank, Frau Ministerin! - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur **Abstimmung**.

Ich rufe zuerst den **Änderungsantrag** der Fraktion DIE GRÜNEN **Drucksache 11/2902**, zunächst die **Anlage 1 - Kapitel 06 020 Titelgruppe 63 "Förderung der Frauenbeauftragten an den Hochschulen"** -, auf. Wer diesem **Änderungsantrag** zustimmen möchte, bitte ich um das **Handzeichen**. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Ich rufe die **Anlage 2 - Kapitel 06 020 Titel 684 70 "Förderung der Studentenwerke"** - auf. Wer diesem **Änderungsantrag** zustimmen möchte, bitte ich um das **Handzeichen**. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Ich rufe die **Anlage 3 - Kapitel 06 111 bis 06 510, 06 520 bis 06 580 und 06 670 bis 06 820 "Aufhebung der Stellenbesetzungssperre"** - auf. Wer diesem **Änderungsantrag** zustimmen möchte, bitte ich um das

Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich stelle fest: Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Ich rufe jetzt den **Einzelplan 06** entsprechend der **Beschlußempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 11/2806** auf. Wer dieser **Beschlußempfehlung** zustimmen möchte, bitte ich um das **Handzeichen**. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen: Die **Beschlußempfehlung** ist angenommen. Damit ist der **Einzelplan 06** in zweiter Lesung **angenommen**.

Ich rufe die **Nummer 3** auf:

Einzelplan 03: Innenministerium

Ich verweise auf die **Beschlußempfehlung** **Drucksache 11/2803**, **eröffne die Beratung** und erteile als **erstem Redner** Herrn **Abgeordneten Paus** von der **Fraktion der CDU** das Wort.

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte es mir leicht machen und wörtlich auf die Rede zurückgreifen können, die ich vor wenigen Monaten, als es um den Haushalt 1991 ging, gehalten habe; denn die Probleme der Polizei, die stets und sicherlich zu Recht im Mittelpunkt der zweiten Lesung des Landeshaushalts stehen, sind seit den Beratungen zum Haushalt 1991 leider unverändert, ja sie haben sich weiter verschärft.

Ich nehme nicht für mich in Anspruch, ein Prophet zu sein, wenn ich vorhersage, daß die Landesregierung bis zum Haushalt 1993, also jetzt in einem Jahr, nicht die Kraft finden wird, eine Gesamtkonzeption 2000 - ich verweise auf den Antrag, den wir zum letzten Plenum eingebracht haben, Herr Innenminister - vorzulegen, vor allem einen realistischen Stufenplan, der die Umsetzung einer solchen Gesamtkonzeption für das Jahrzehnt erwarten läßt.

(Minister Dr. Schnoor ist in Aktenstudium vertieft.)

- Herr Innenminister, vielleicht gelingt es mir, Sie zum Zuhören zu bewegen.

(C)

(D)